

41. Strafverteidigertag | Bremen AG 4 | 25.3.2017

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Prof. Dr. *Matthias Jahn*

Forschungsstelle Recht und Praxis der Strafverteidigung (RuPS)
der Goethe-Universität Frankfurt

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Die Materialien

- **Nachfolgende Folien** mit den wesentlichen Ergebnissen auch als pdf-**Download** über die Homepage der Forschungsstelle

<http://www.jura.uni-frankfurt.de/rups>

- **Vollständige Monografien:** *Jahn*, Zur Rechtswirklichkeit der Pflichtverteidigerbestellung. Eine Untersuchung zur Praxis der Beiordnung durch den Strafrichter nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 2014
 - **Aufsatzfassung** im **StraFo 2014**, 177 – 194.
- *Schoeller*, Die Praxis der Beiordnung von Pflichtverteidigern, Baden-Baden 2016.
 - **Aufsatzfassung** im aktuellen **StV 3/2017**, 194 – 204.

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Das Programm

- I. **Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland**
 1. **Quantitative Relevanz** von Beiordnungen
 2. Problemfeld des **Zeitpunkts der Beiordnung**
 3. Notwendigkeit und Kriterien einer **transparenten Beiordnungspraxis**

- II. **Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG**

- III. **Rechtspolitische Forderungen und Diskussion**

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Die Fragebogenerhebung der RuPS Frankfurt (2013)

Grundgesamtheit und Stichprobe

→ Experimentalgruppe

~ **3.300 Fragebögen** (▶ **Vollerhebung** AG Strafrecht im DAV;
am 1.1.2013 2.931 FA Strafrecht insgesamt in den 27 regionalen RAKen)

▶ **Umfangreichste Erhebung** bei Strafverteidigerinnen und Strafverteidigern in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

941 Rückläufe (▶ weit „überobligatorische“ Stichprobe von 29% der Grundgesamtheit)

→ Kontrollgruppe

60 Fragebögen (▶ am 1.1.2013 94 Ermittlungsrichter – allerdings einschließlich § 34 JGG i.V.m. § 126, 162 StPO – in Hessen insgesamt)

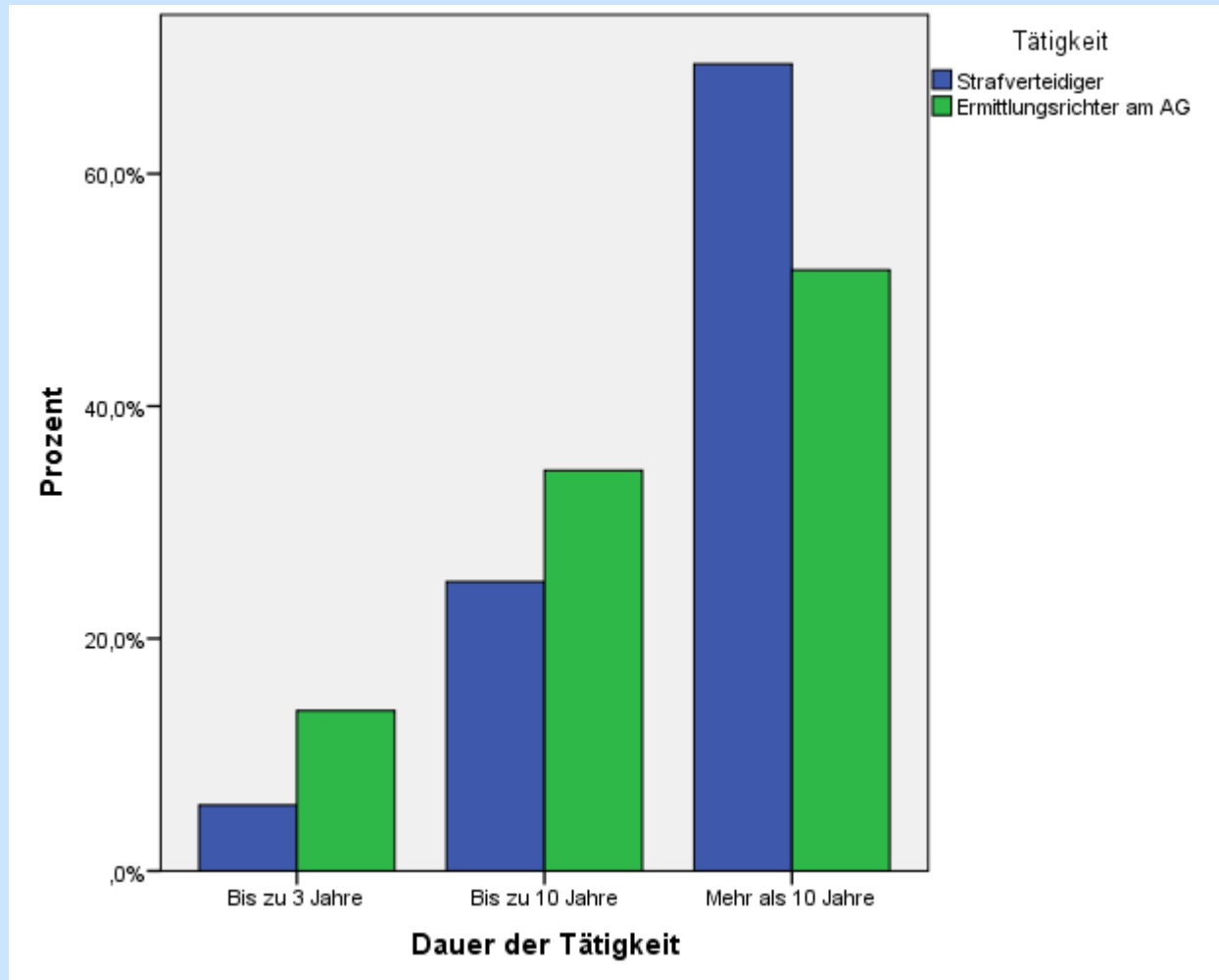
30 Rückläufe (▶ repräsentative Stichprobe ab n=30)

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Das Dateninventar und seine Aussagekraft

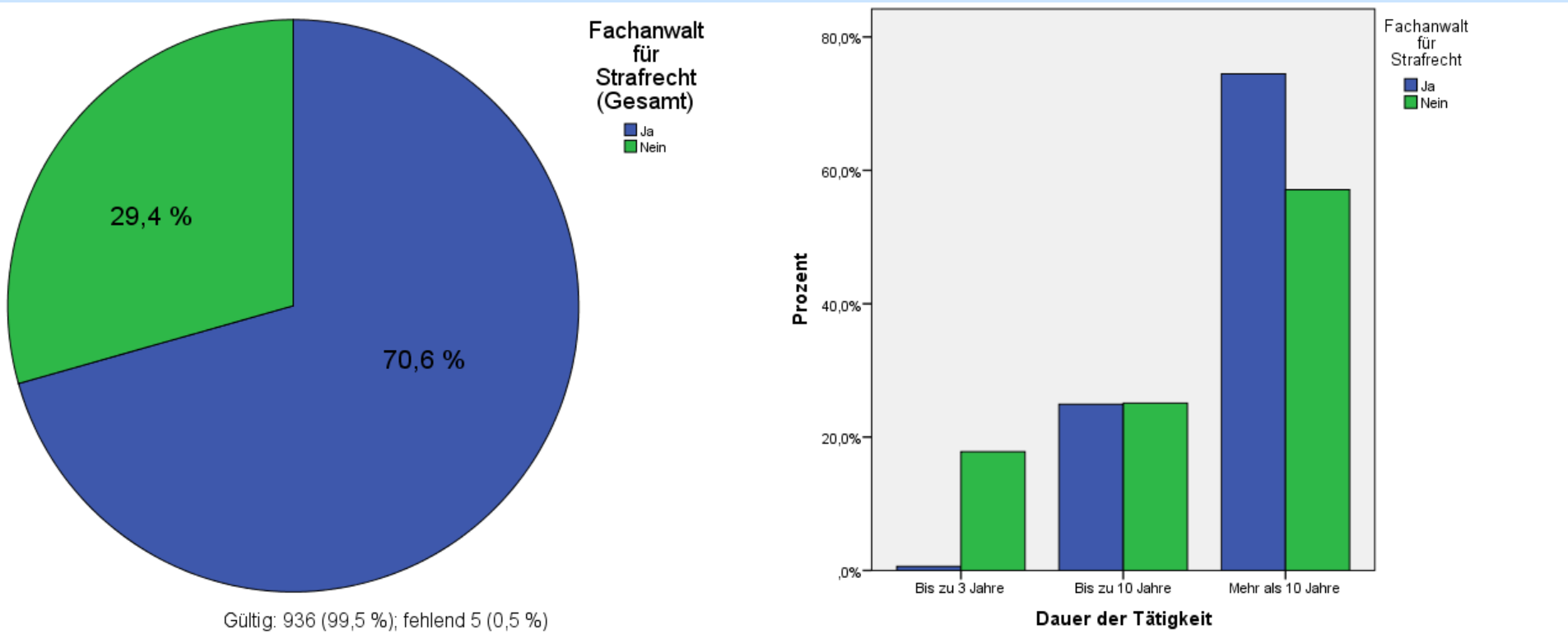
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Dauer der Tätigkeit (Experimental- und Kontrollgruppe)



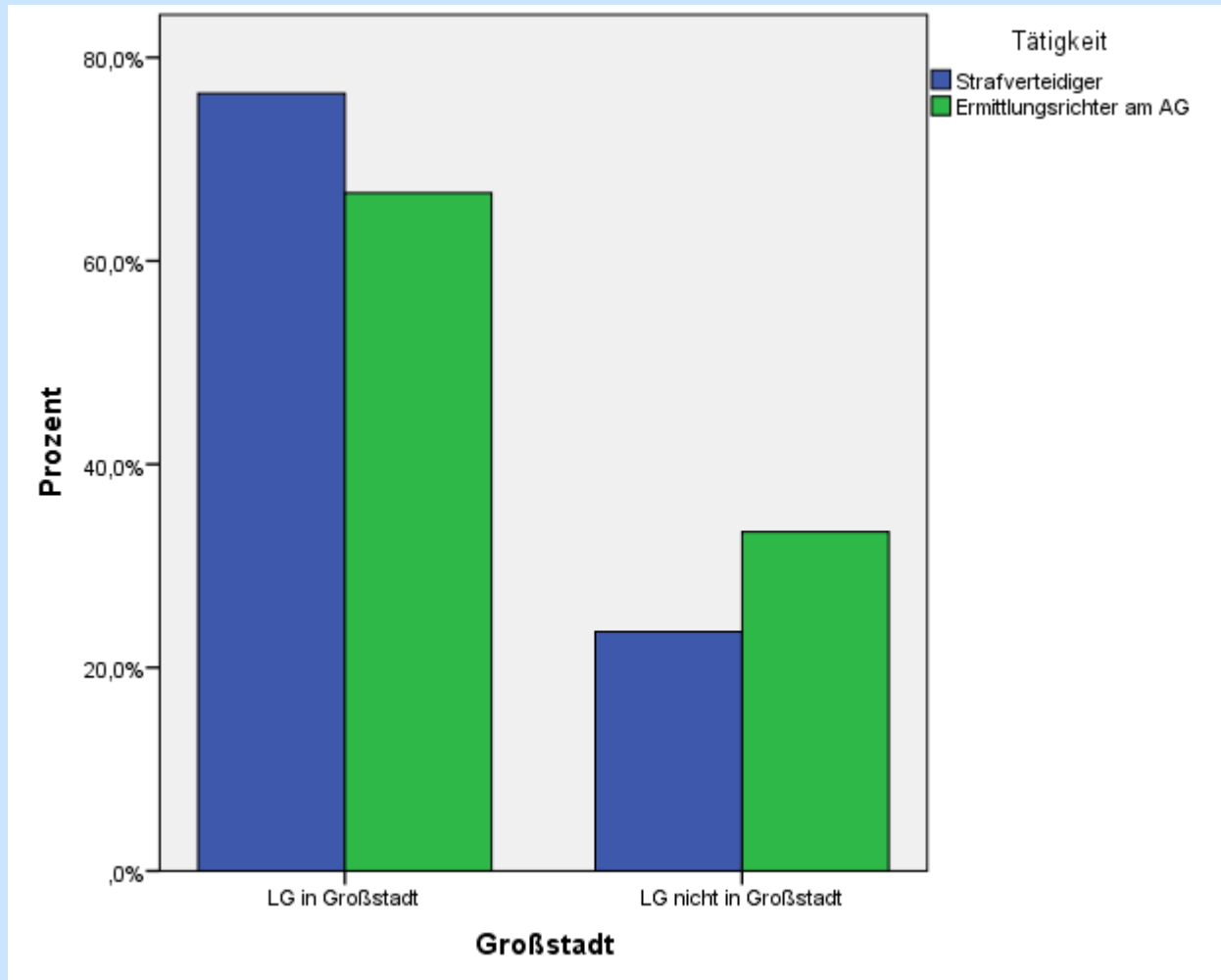
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anteil Fachanwälte für Strafrecht – Professionalisierungsgrad



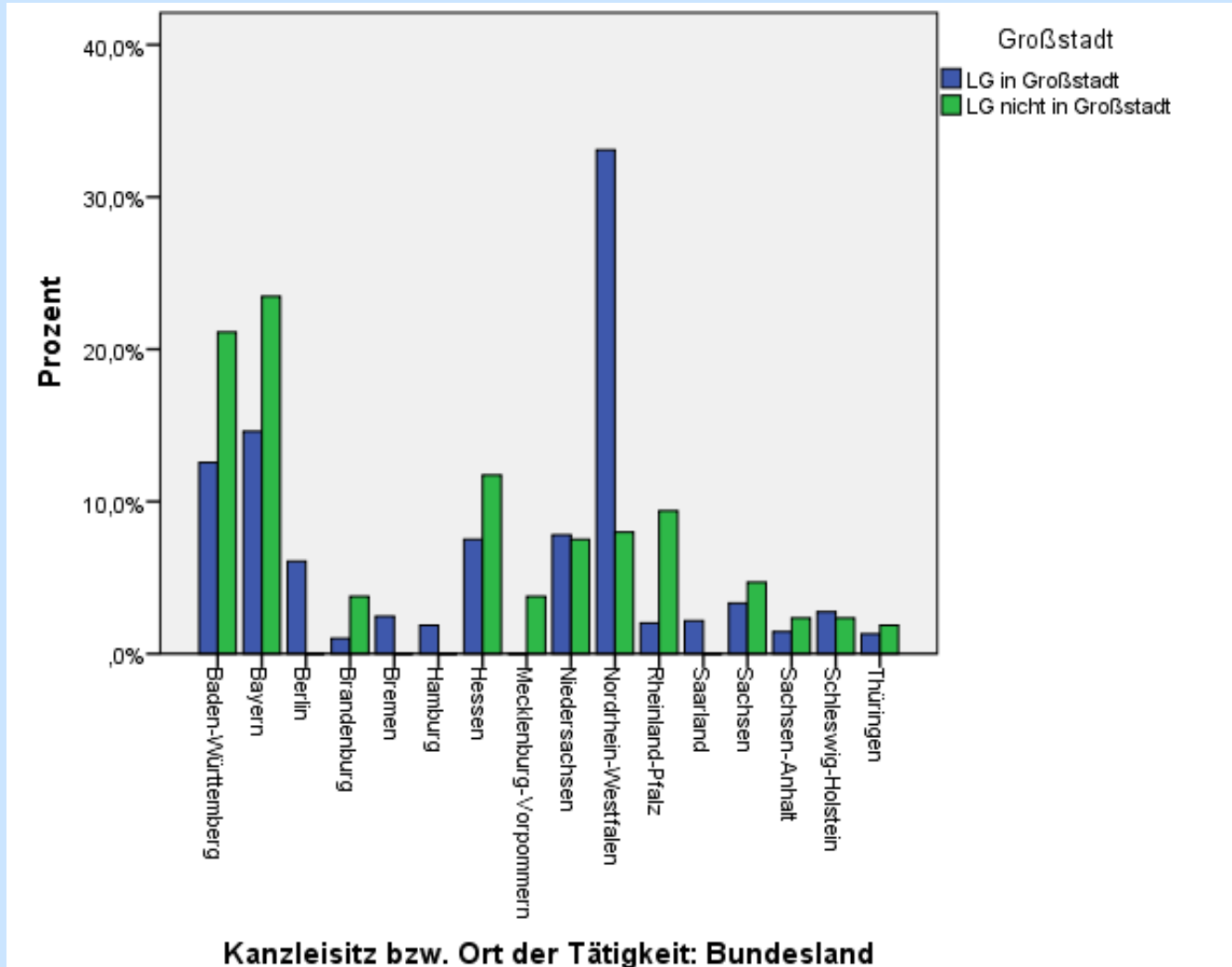
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Tätigkeit in Großstadt (Kanzleisitz; Sitz des AG)



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Tätigkeit in Großstadt nach Bundesländern



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Organisationsgrad: Registriert auf Homepage der AG Strafrecht im DAV (§ 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO)

Deutscher Anwaltverein Arbeitsgemeinschaft Strafrecht

Strafverteidigersuche Mitgliederbereich

Unsere Mitgliederdatenbank gibt Ihnen die Möglichkeit, über zu kombinierende Kriterien nach einzelnen Strafverteidigern zu suchen. Das Kriterium "Fachanwalt" ist nur in Verbindung mit einem der anderen Suchkriterien wählbar.

Name:

Ort:

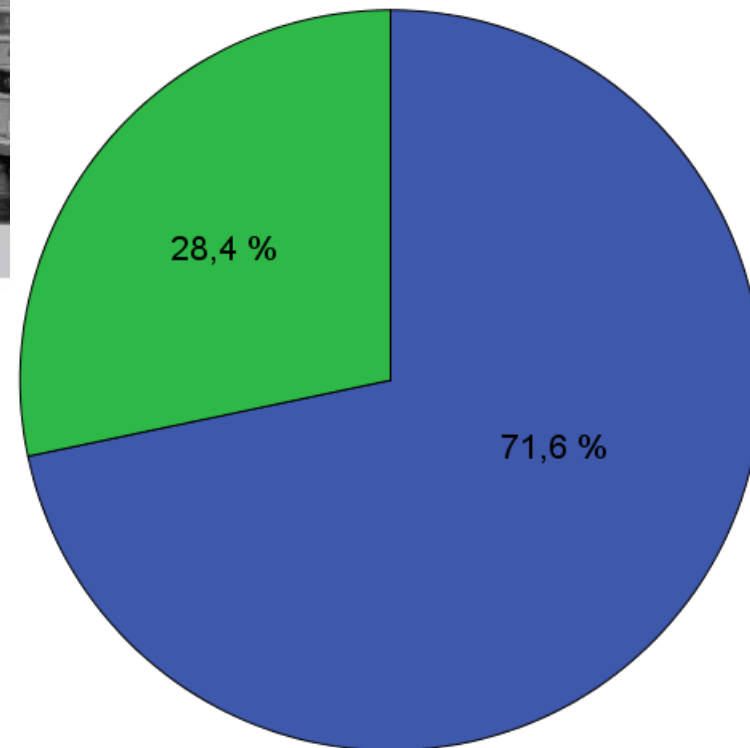
Postleitzahl:

Vorwahl:

Fachanwalt für Strafrecht:

Pflichtverteidigung bei Untersuchungshaft oder einstweiliger Unterbringung (§ 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO):

Suche starten Felder leeren



Registriert auf HP der AG Strafrecht (Gesamt)

■ Ja
■ Nein

2. Die aktenanalytische Studie RA Dr. Schoeller (Diss. Hannover 2016)

- Auswertung der Akten aus **678 rechtskräftig abgeschlossenen Strafverfahren**
- Zufallsmäßige Bestimmung von **7 Landgerichtsbezirken** unter Gewährleistung regionaler und populationspezifischer Verteilung
- Ausschließlich Fälle **notwendiger Verteidigung**, in denen in den Jahren **2005, 2009** oder **2010** Anklage erhoben wurde
(© § 140 Abs. 1 Nr. 4 StPO erst ab 1.1.2010 in Kraft)
- Daten:
 - **1.321 Mandatsverhältnisse**
 - **886 Beschuldigte**
 - **878 personenverschiedene Verteidiger**
 - Bestellungen durch **257 personenverschiedene Richter**
- **Wesentliche Forschungsgegenstände:**
 - Quantitative Bedeutung von Wahl- und Pflichtverteidigung
 - Verfahren der Pflichtverteidigerauswahl
 - Zusammenhänge zwischen „Verteidigertypus“ und Verlauf des Verfahrens

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

- I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Quantitative Relevanz von Beiordnungen

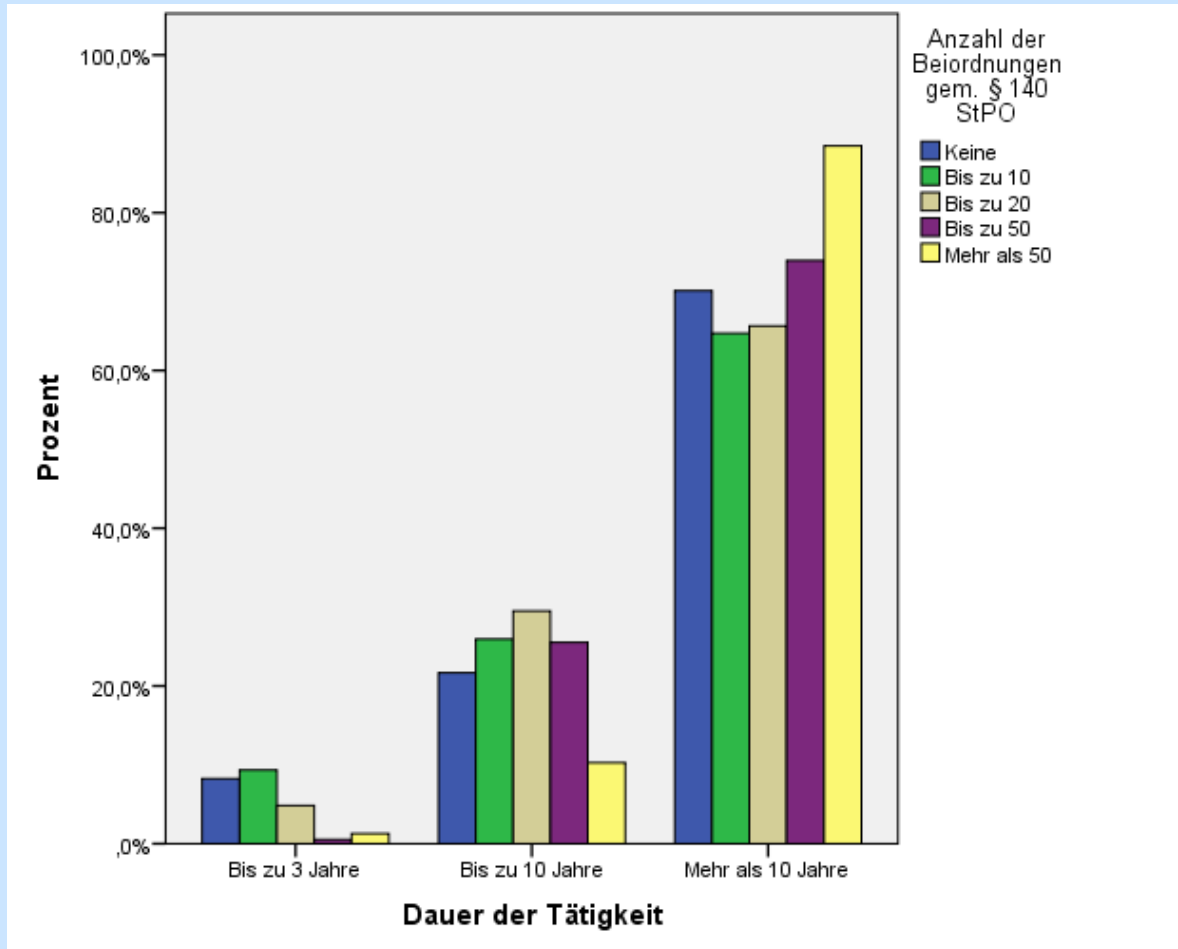
2. Problemfeld des Zeitpunkts der Beiordnung
3. Notwendigkeit und Kriterien einer transparenten Beiordnungspraxis

- II. Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG

- III. Rechtspolitische Forderungen und Diskussion

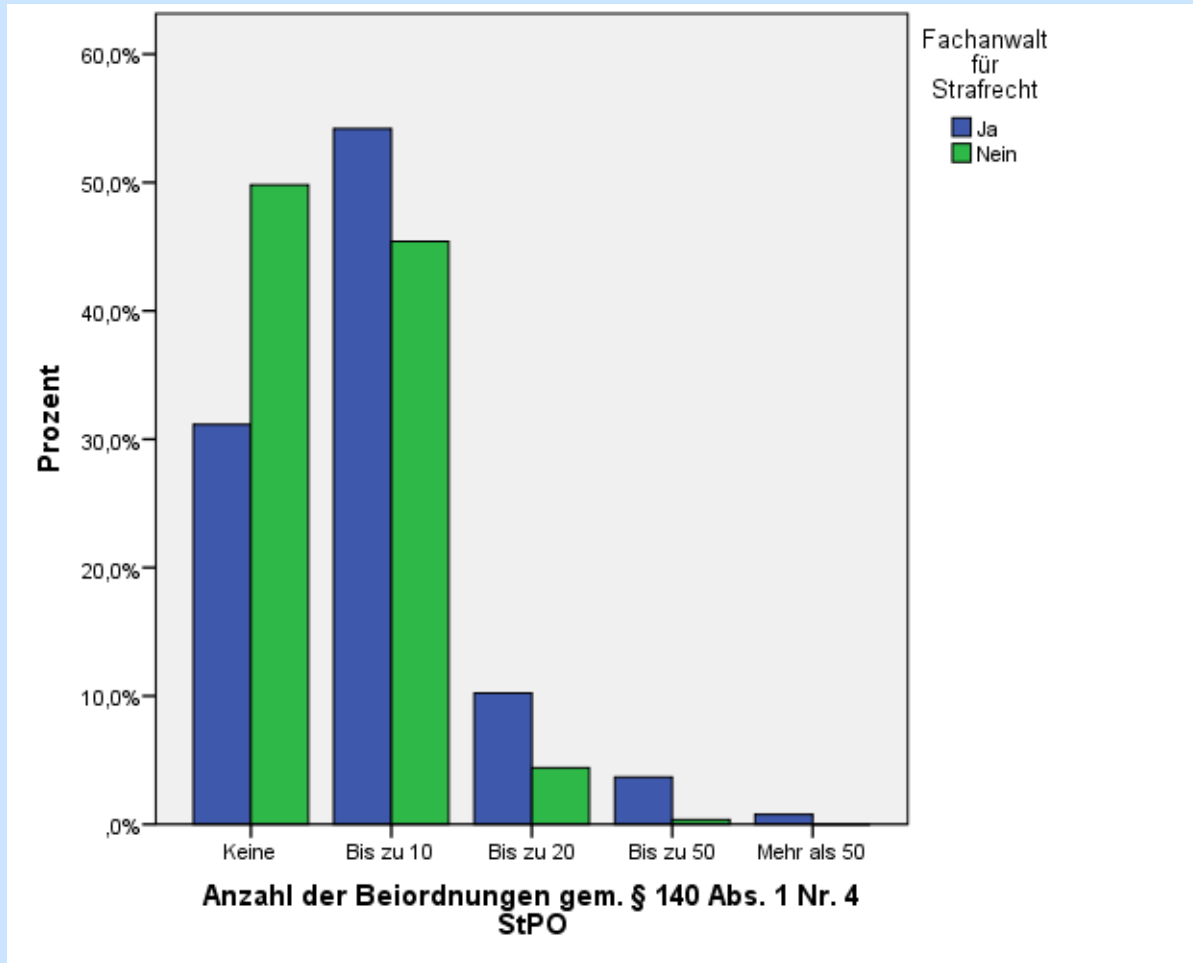
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anzahl der Beordnungen nach § 140 (alle Fälle) im Jahr 2012 und Dauer der Berufstätigkeit des Rechtsanwalts



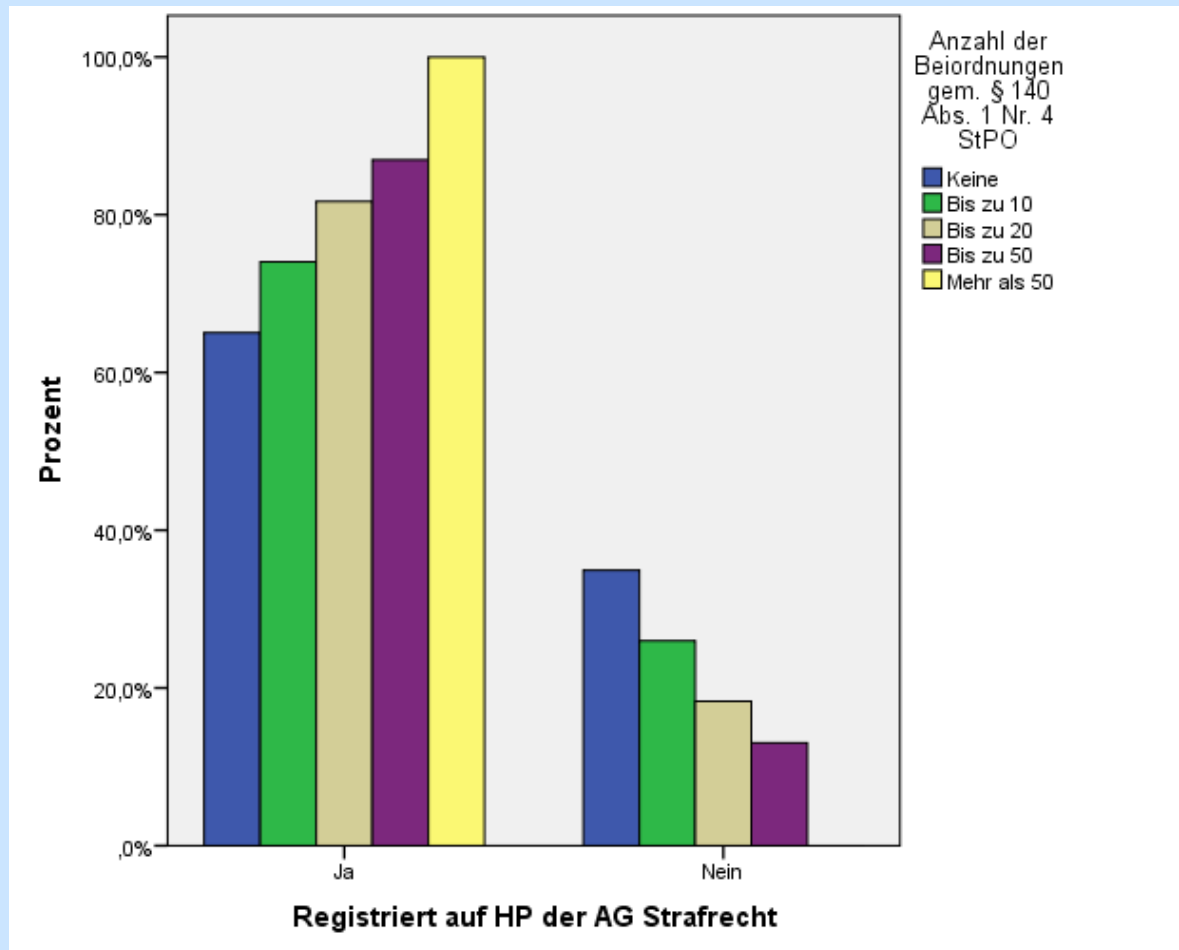
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anzahl der Beordnungen nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 im Jahr 2012 und
Professionalisierungsgrad (Fachanwalt für Strafrecht)



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Registriert auf Homepage der AG Strafrecht im DAV und Anzahl der Beordnungen nach § 140 Abs. 1 Nr. 4 im Jahr 2012

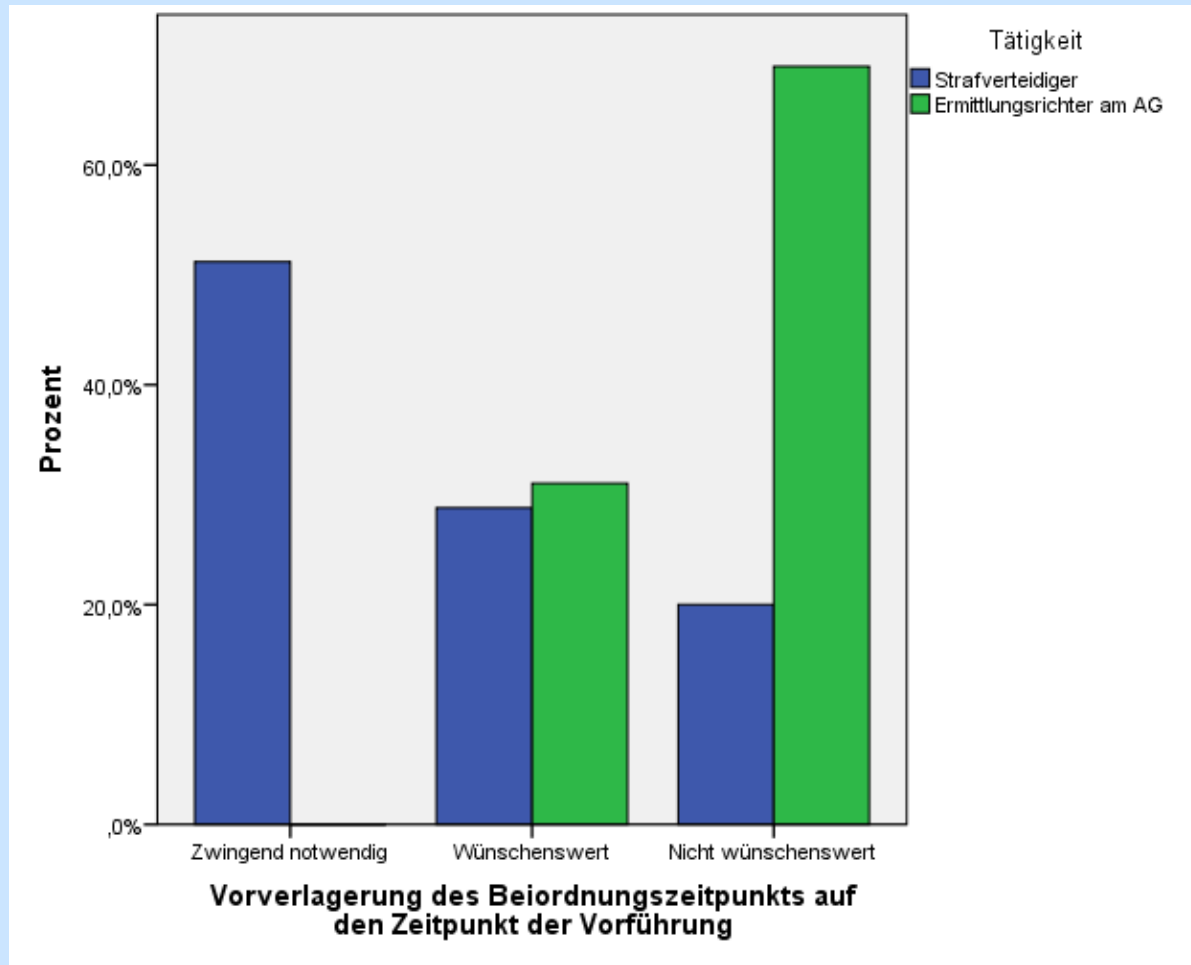


Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

- I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland
 1. Quantitative Relevanz von Beiordnungen
 - 2. Problemfeld des Zeitpunkts der Beiordnung**
 3. Notwendigkeit und Kriterien einer transparenten Beiordnungspraxis
- II. Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG
- III. Rechtspolitische Forderungen und Diskussion

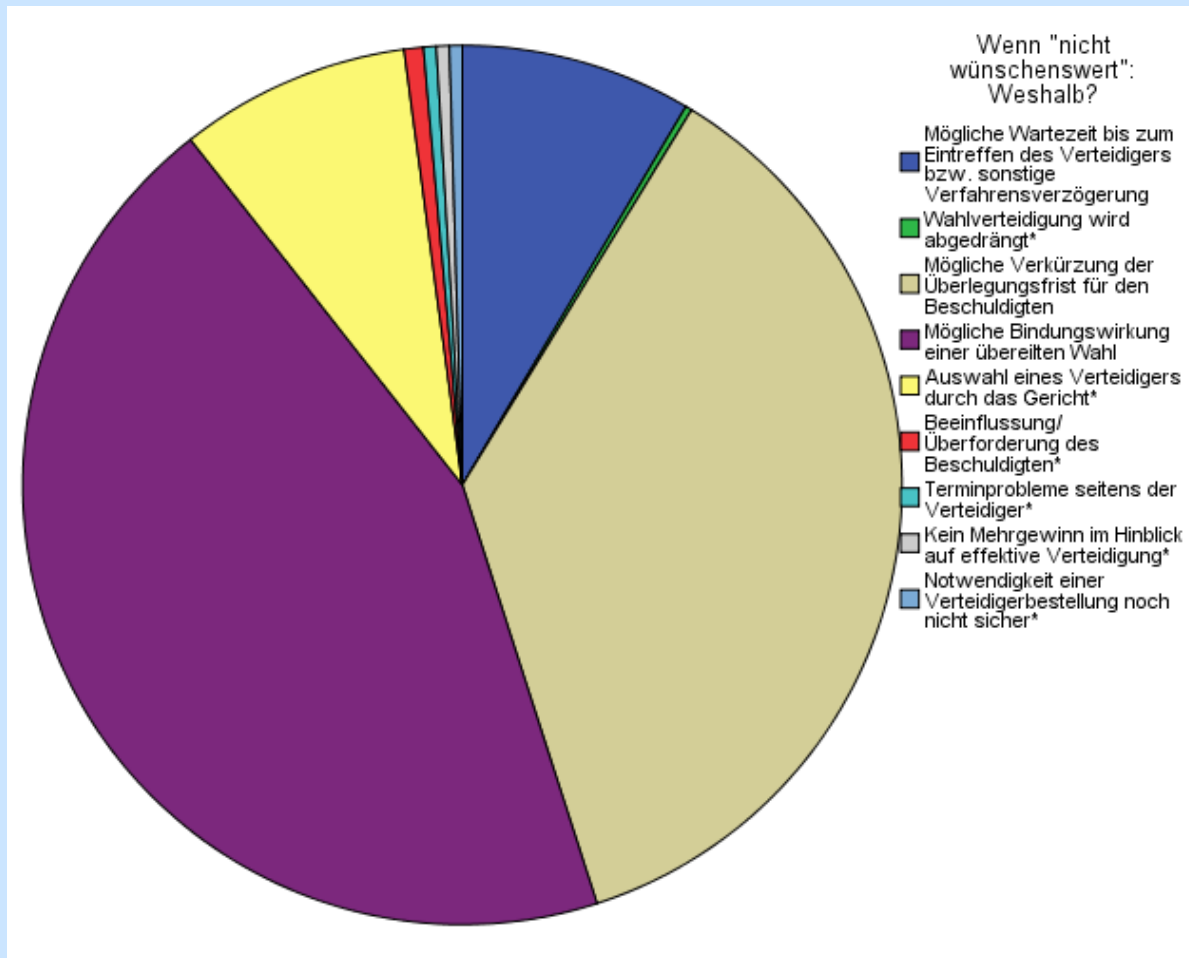
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Vorverlagerung des Beiordnungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung –
Diskrepanz zwischen den Berufsgruppen



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Vorverlagerung des Beiordnungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung – Gründe für die Ablehnung (beide Berufsgruppen)



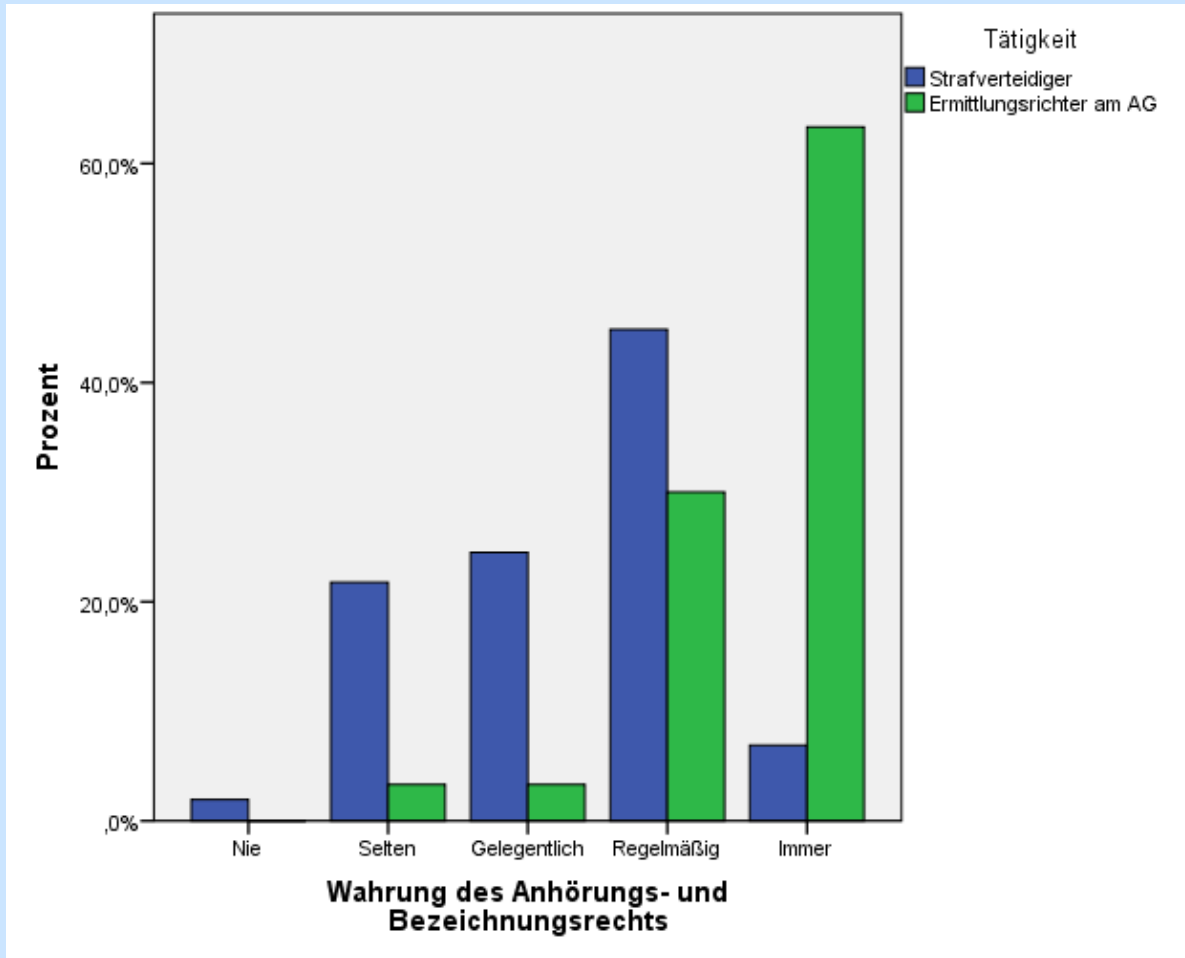
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts (beide Berufsgruppen)



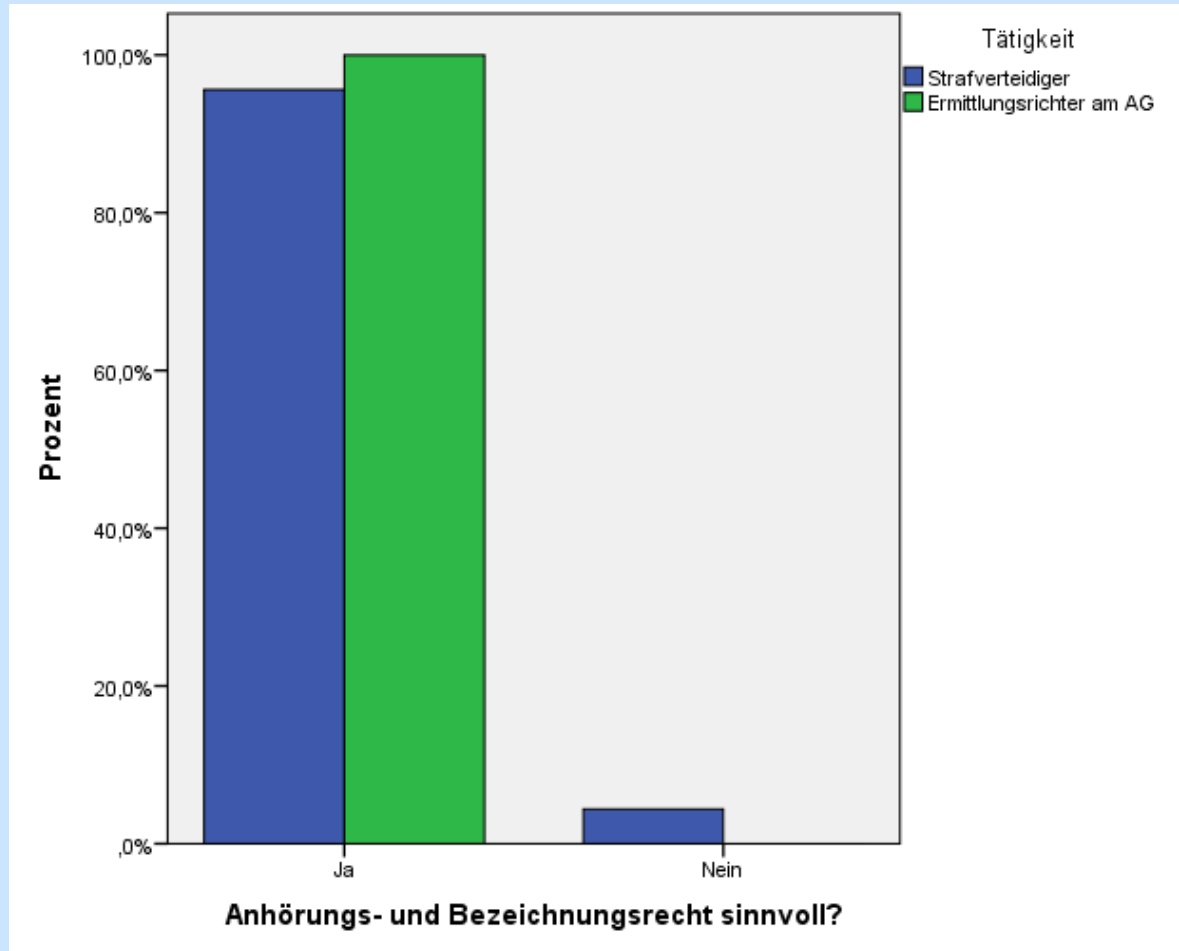
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts – nach Berufsgruppen



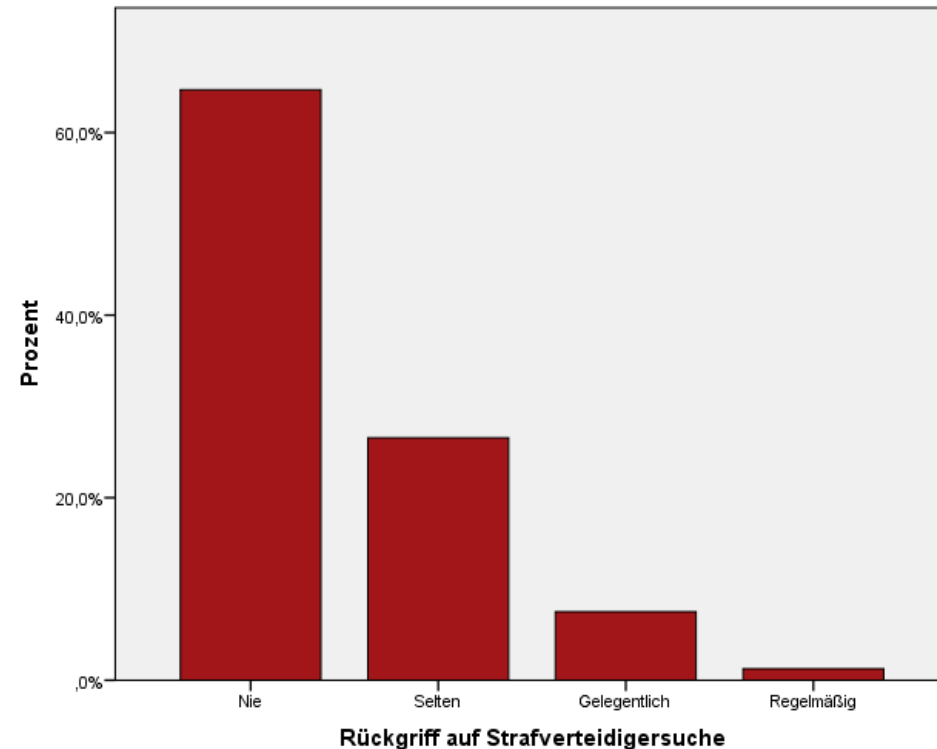
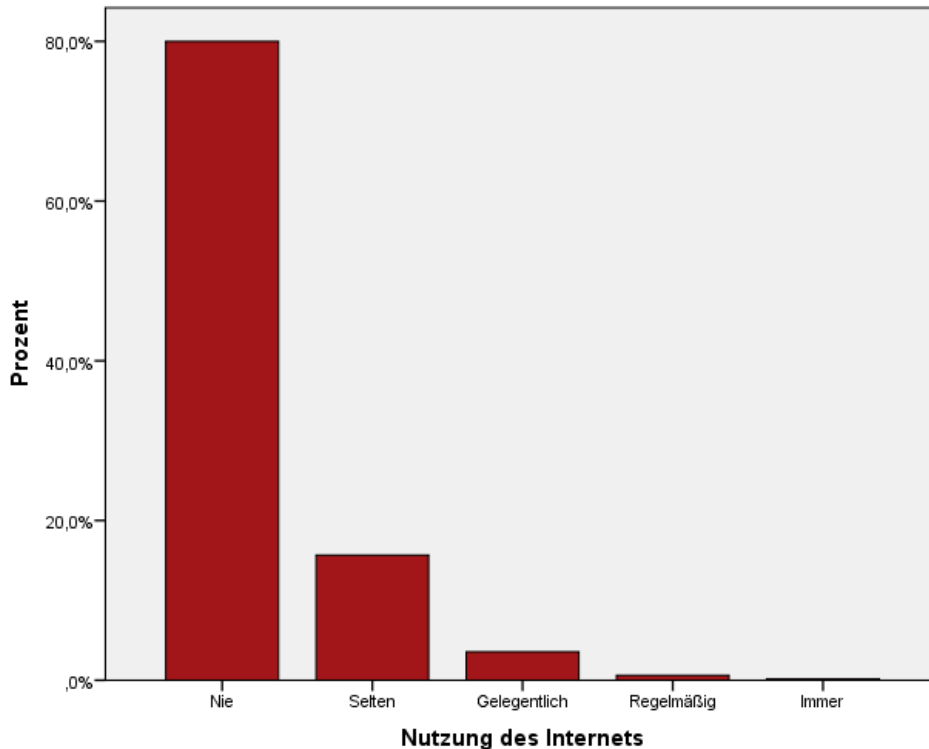
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Inhaltliche Befürwortung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts – nach Berufsgruppen



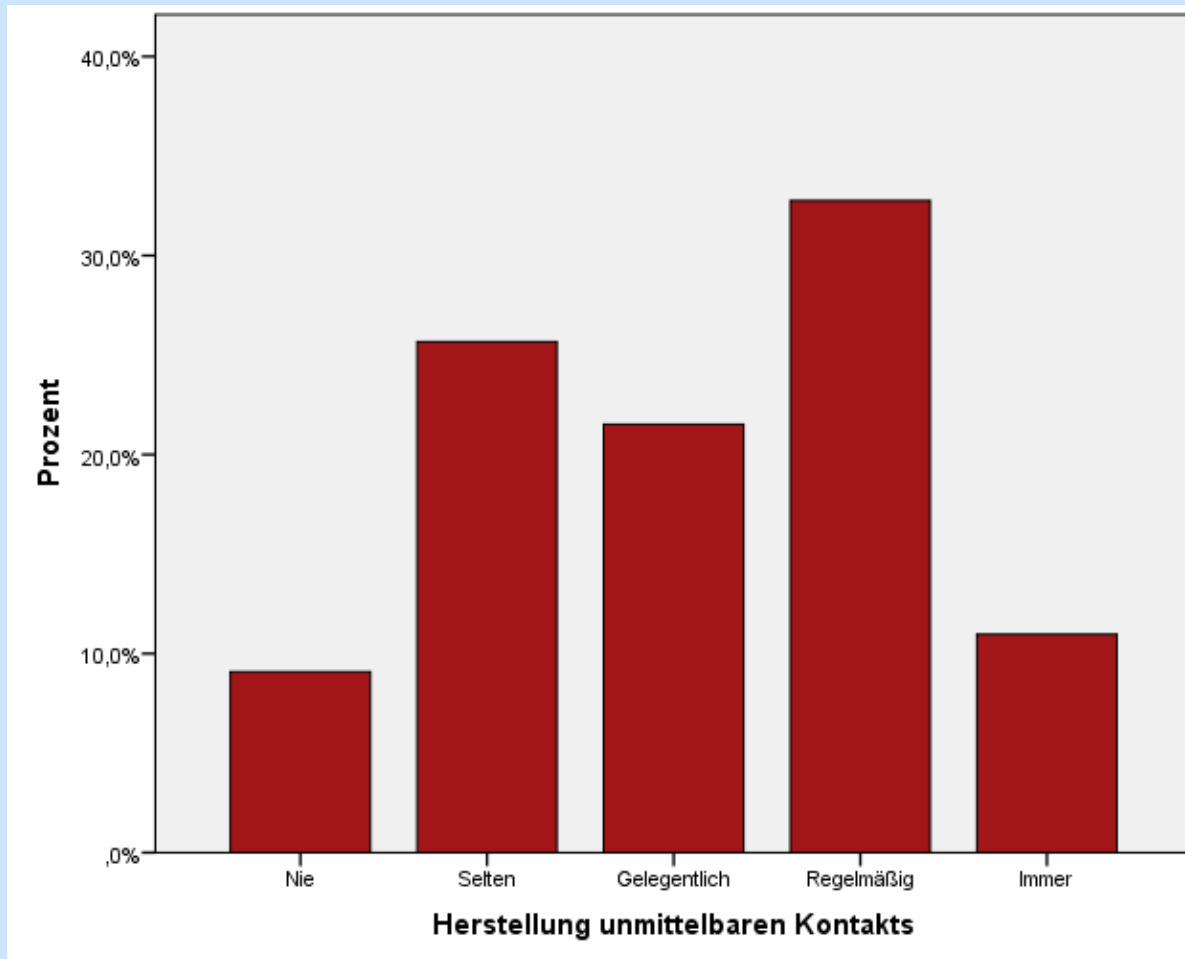
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Wahrung des Anhörungs- und Bezeichnungsrechts: Nutzung des Internets und der Homepage der AG Strafrecht durch Beschuldigte



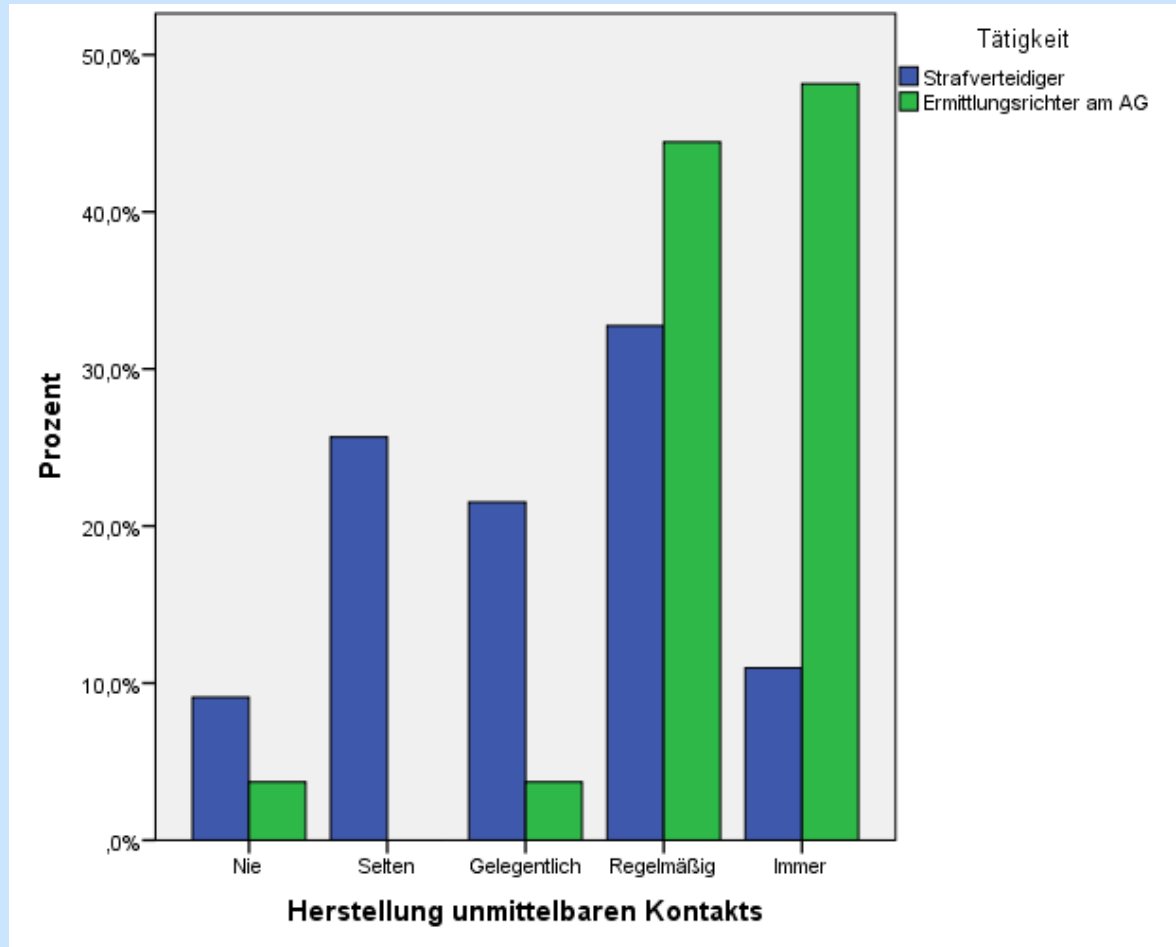
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Ermöglichung der Herstellung unmittelbaren Kontakts



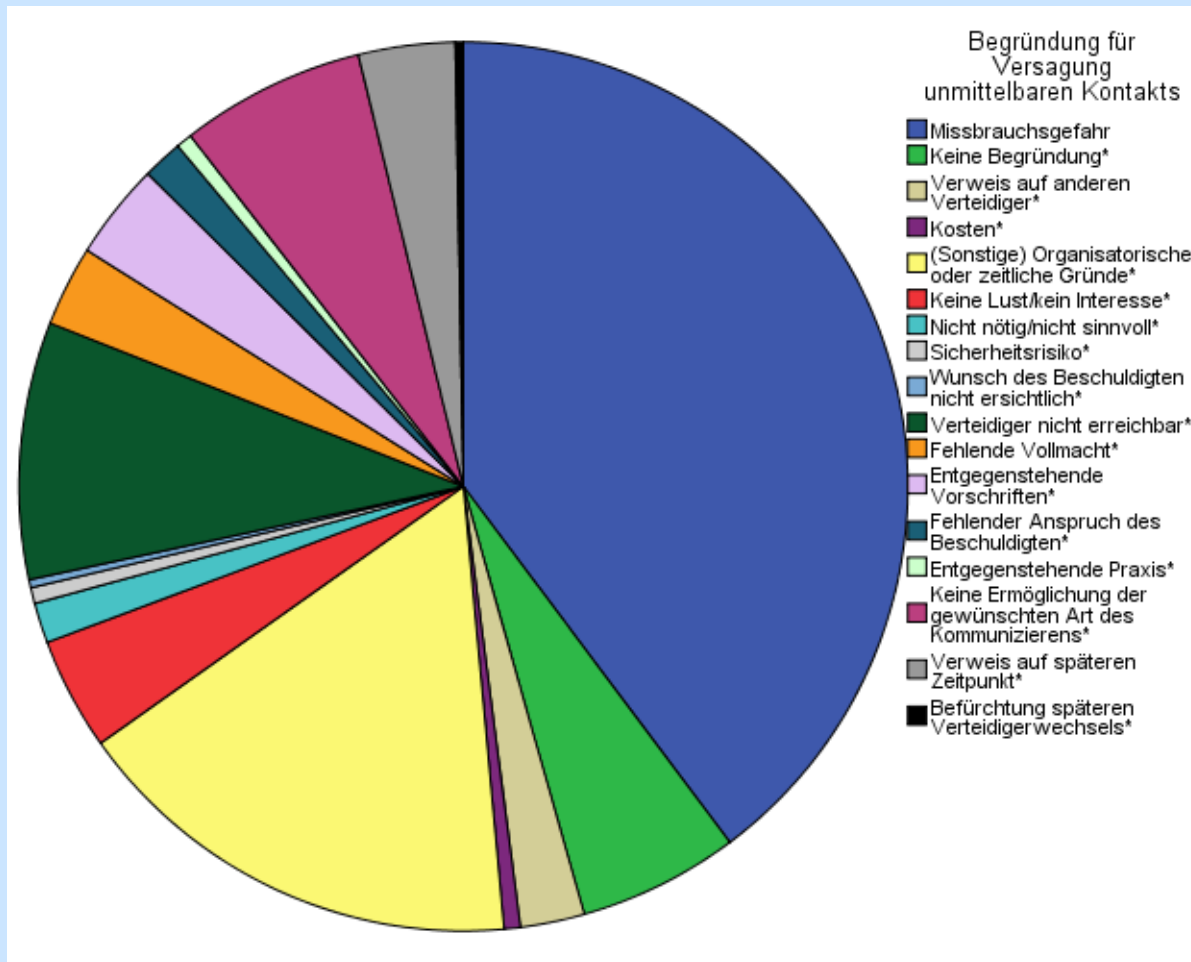
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Ermöglichung der Herstellung unmittelbaren Kontakts – disparates Bild nach Berufsgruppen



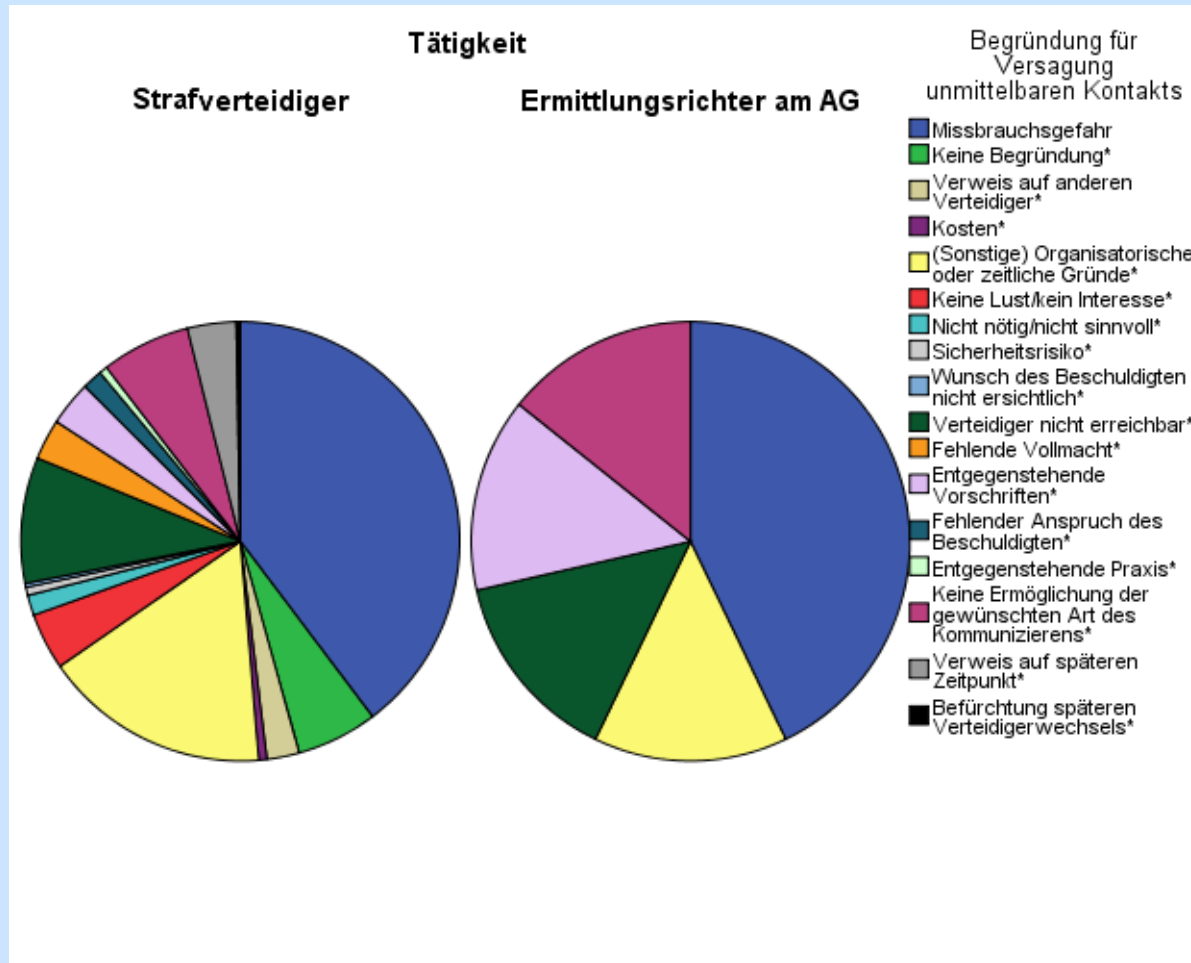
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Versagung unmittelbaren Kontakts – Begründungen (beide Berufsgruppen)



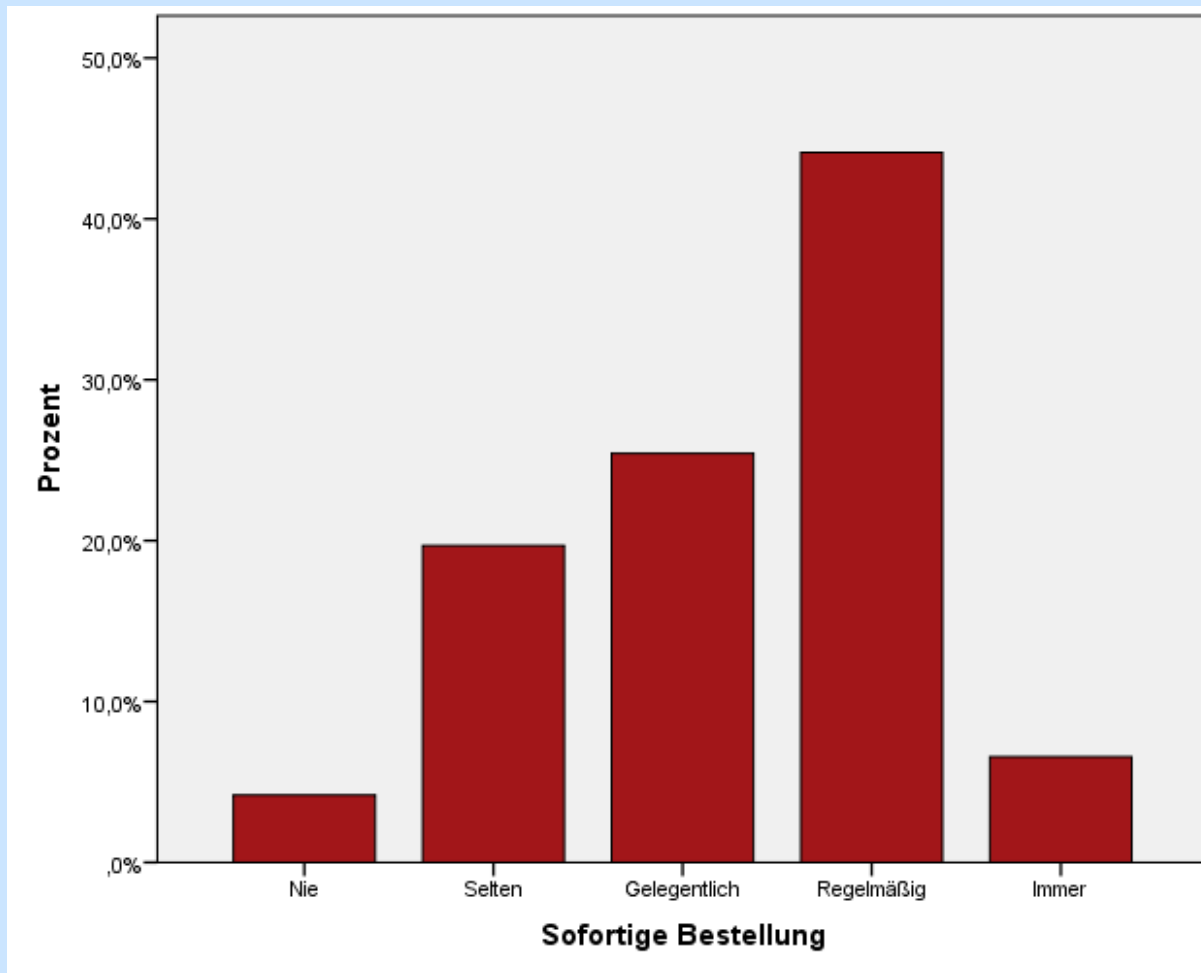
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Versagung unmittelbaren Kontakts – nach Berufsgruppen



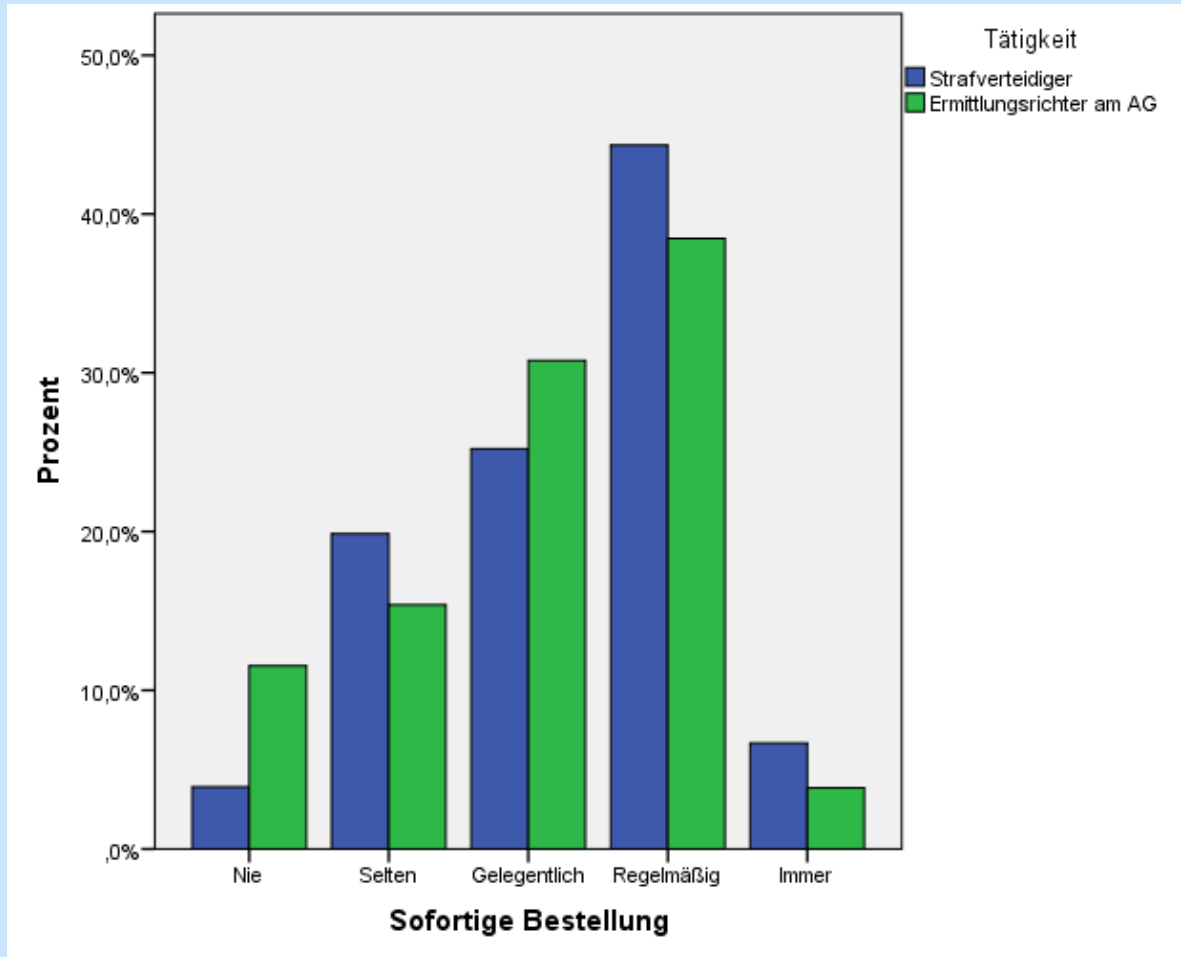
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Praxis sofortiger Bestellung (beide Berufsgruppen)



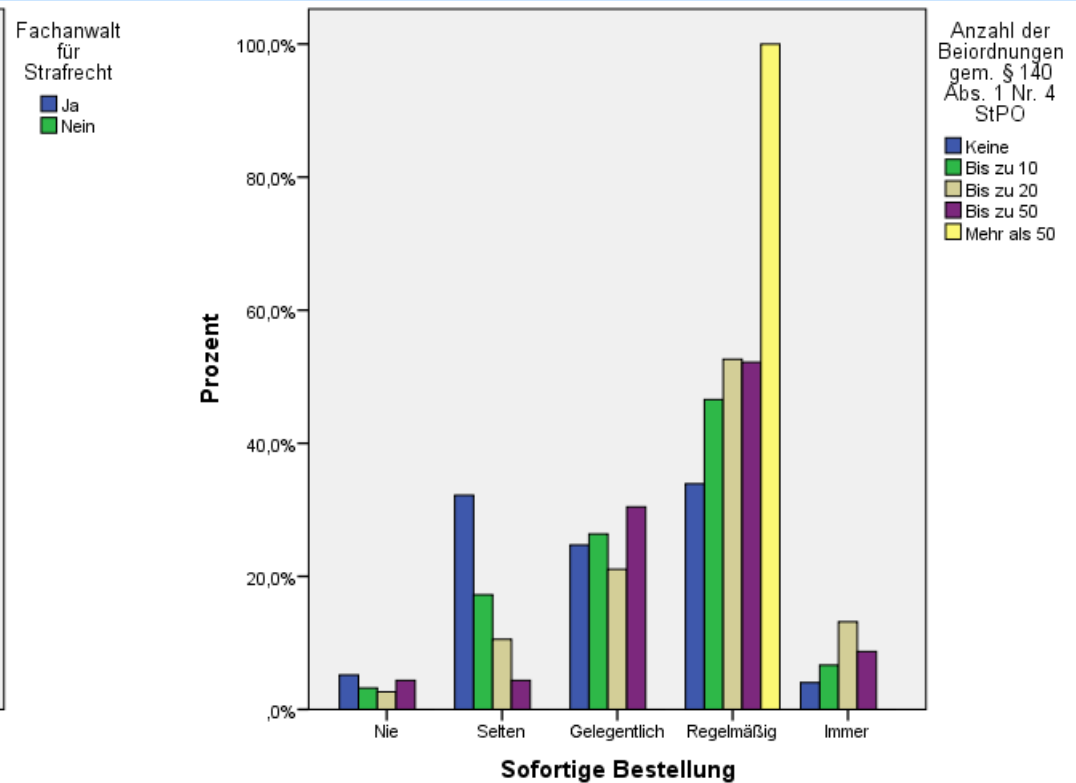
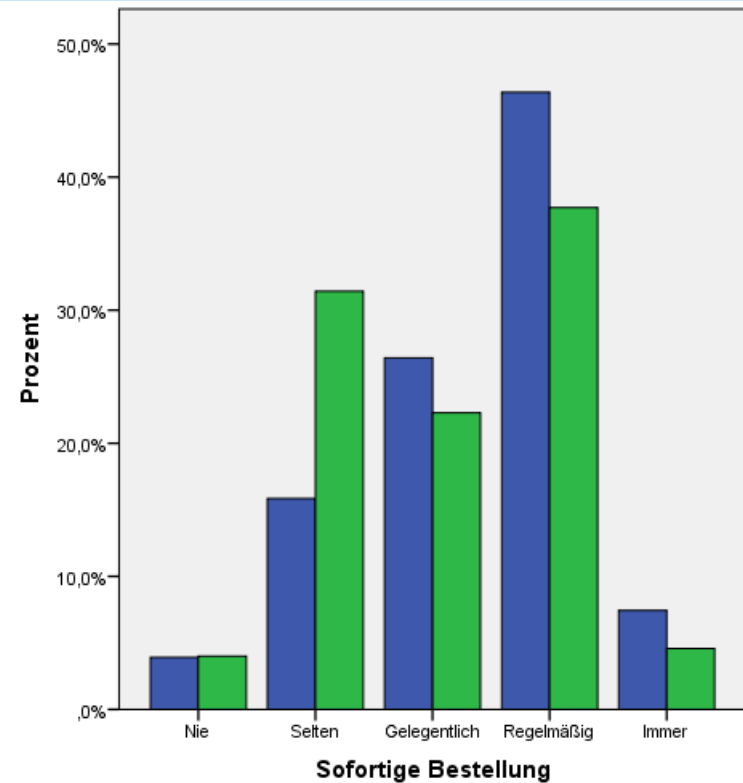
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht – Praxis sofortiger Bestellung nach Berufsgruppe



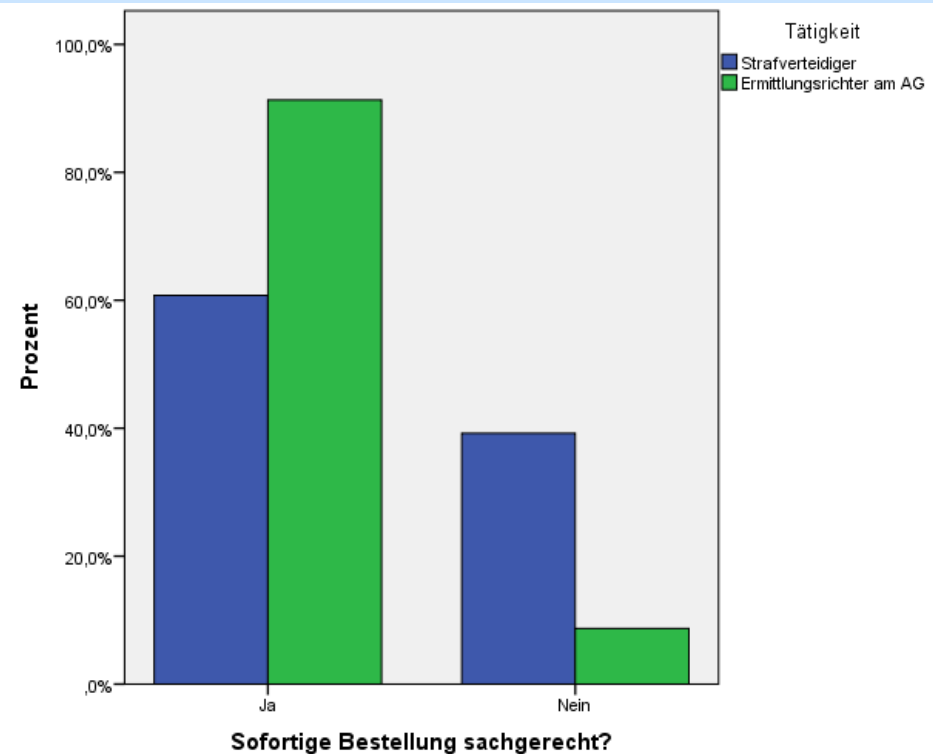
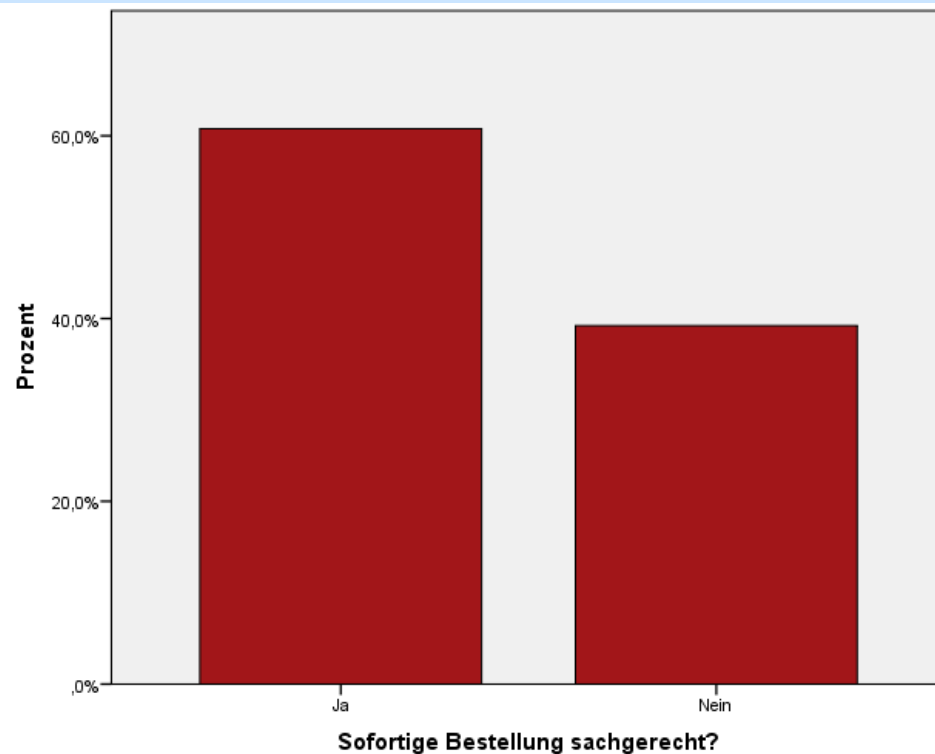
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht – Binnendifferenzierung nach Fachanwaltstitel und Beordnungserfahrung



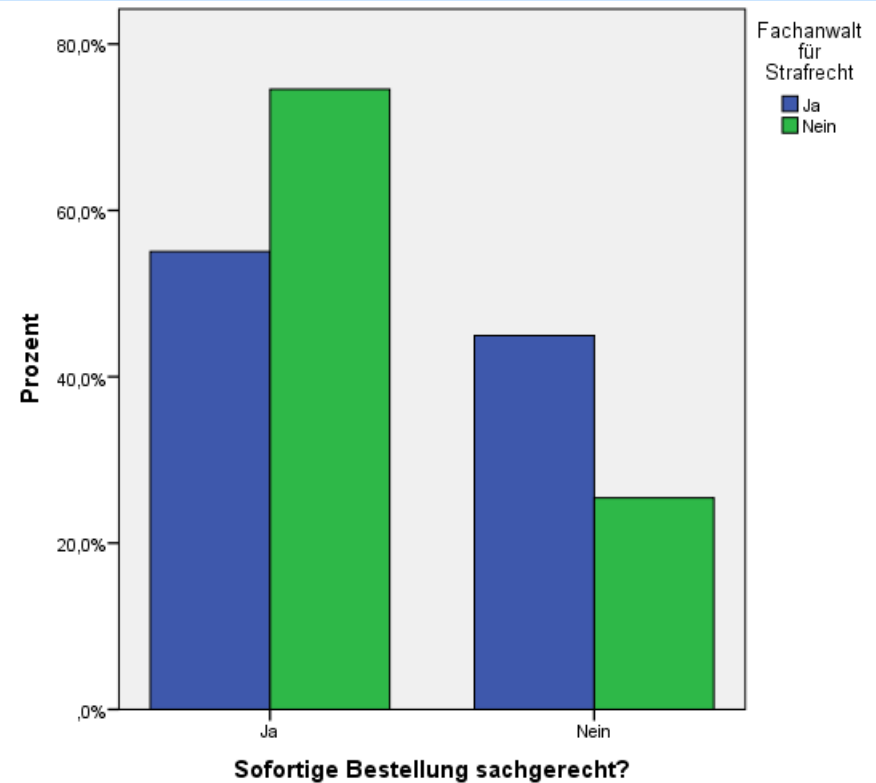
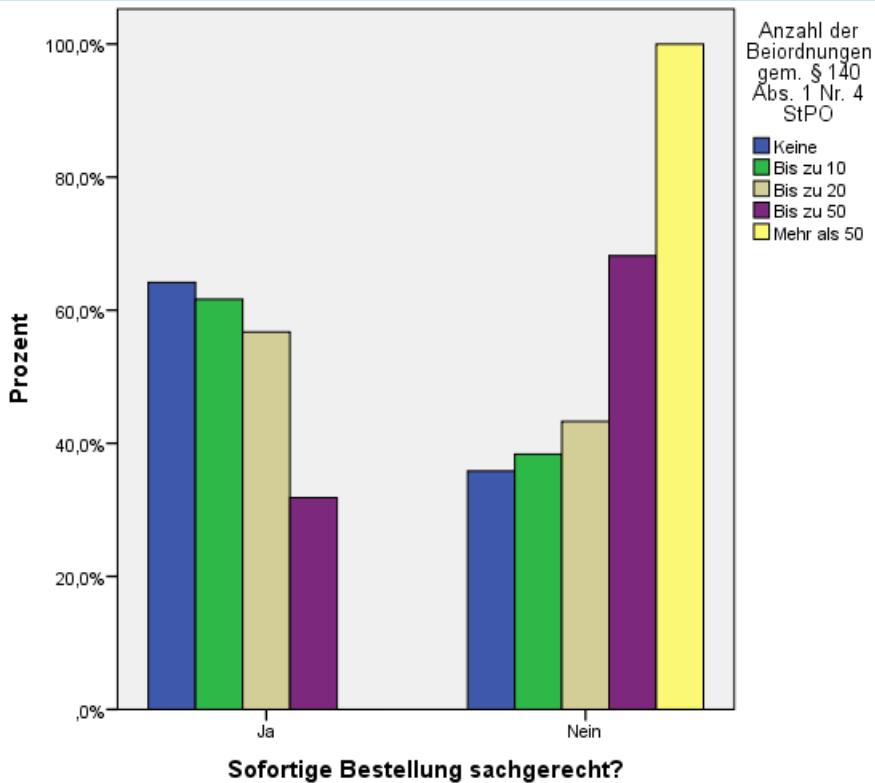
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht de lege ferenda: Sofortige Bestellung sachgerecht?



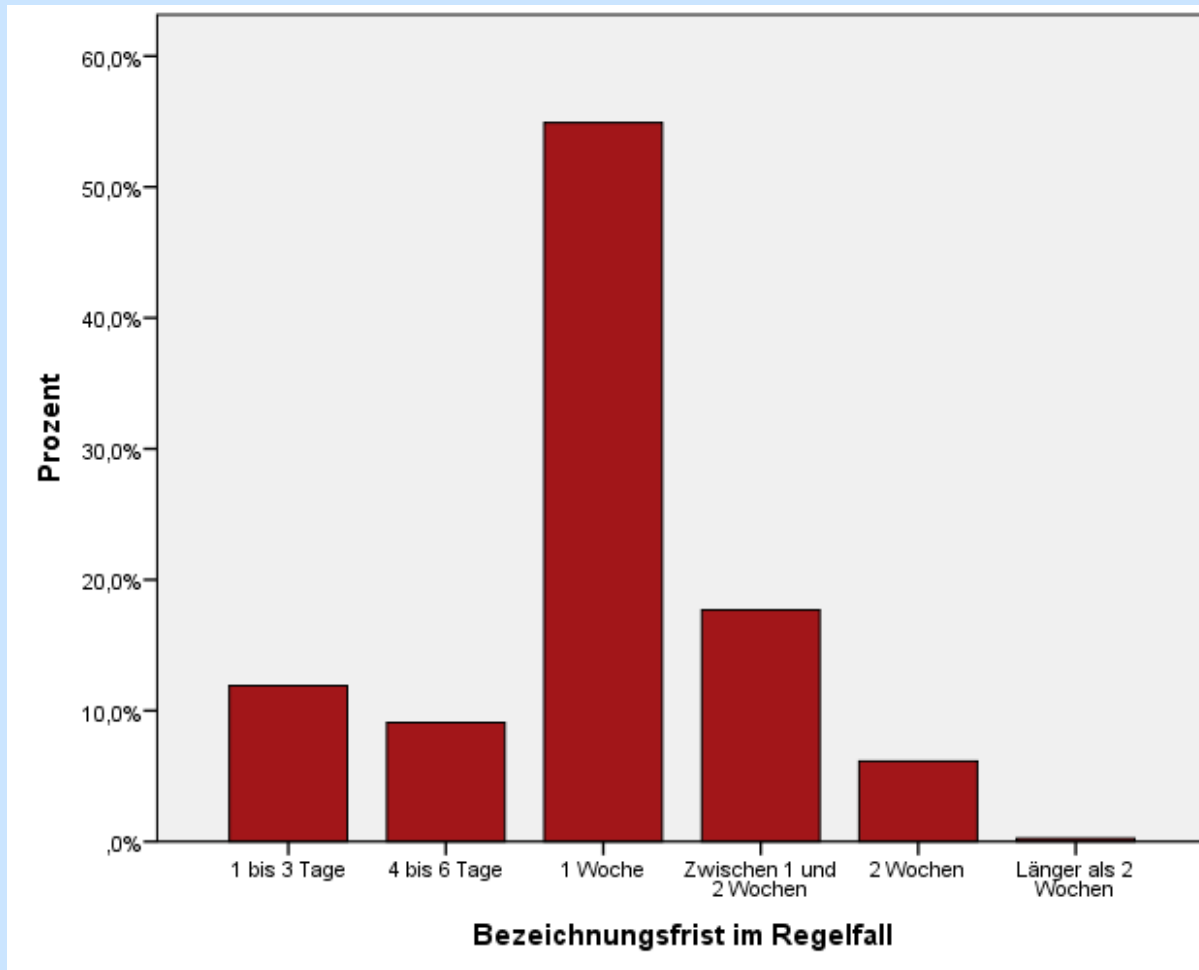
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht de lege ferenda: „Sofortige Bestellung sachgerecht?“ bei Binnendifferenzierung nach Haftbeordnungs erfahrung und Fachanwaltstitel



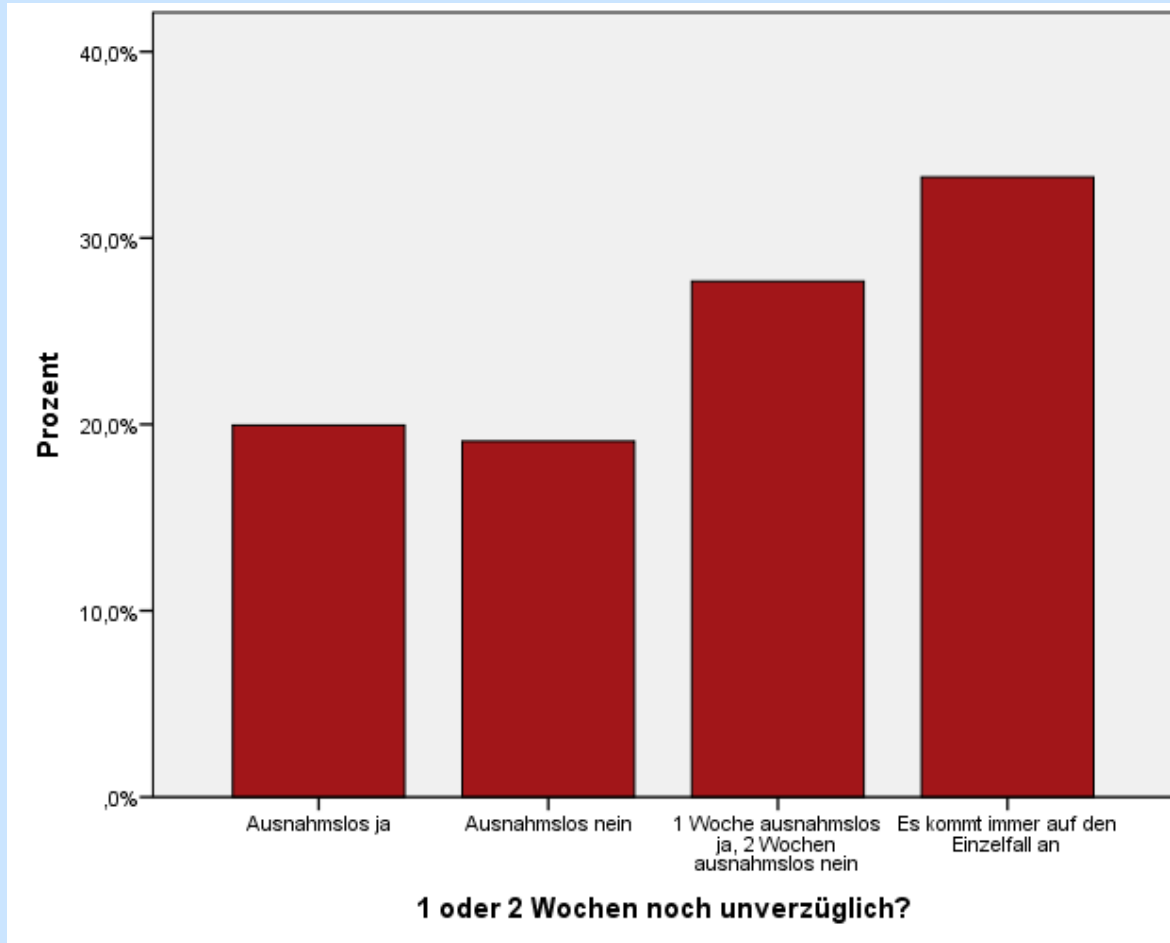
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Bezeichnungsfrist im Regelfall (beide Berufsgruppen)



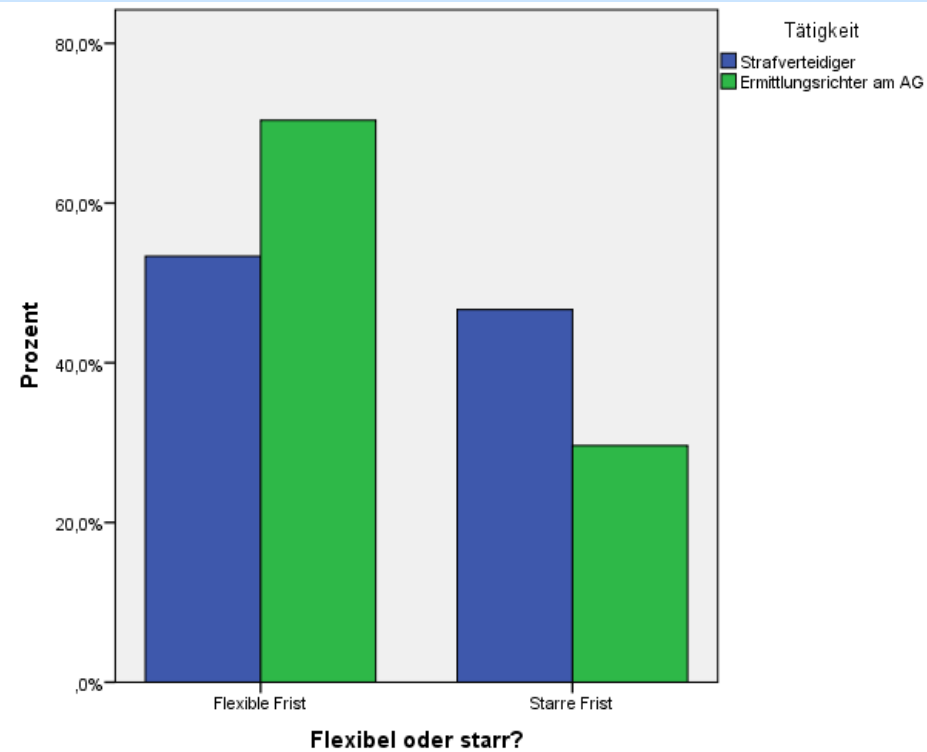
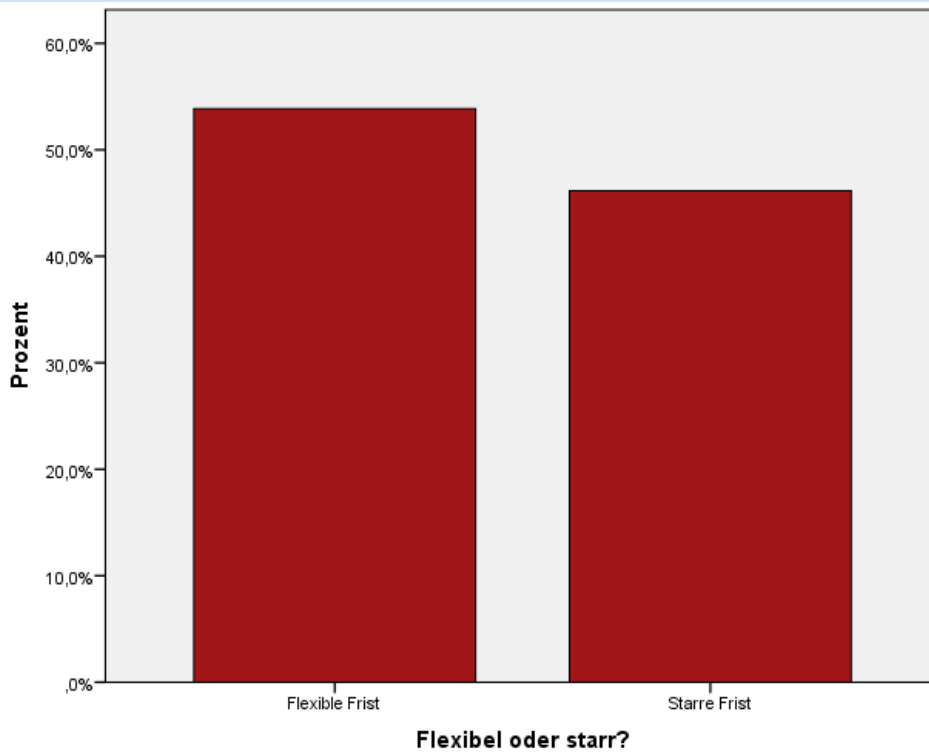
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Bezeichnungsfrist im Regelfall – 1 oder 2 Wochen noch „unverzüglich“?



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Anhörungs- und Bezeichnungsrecht: Einstellungen der beiden Berufsgruppen zu einer flexible(re)n Frist



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Quantitative Relevanz von Beiordnungen
2. Problemfeld des Zeitpunkts der Beiordnung

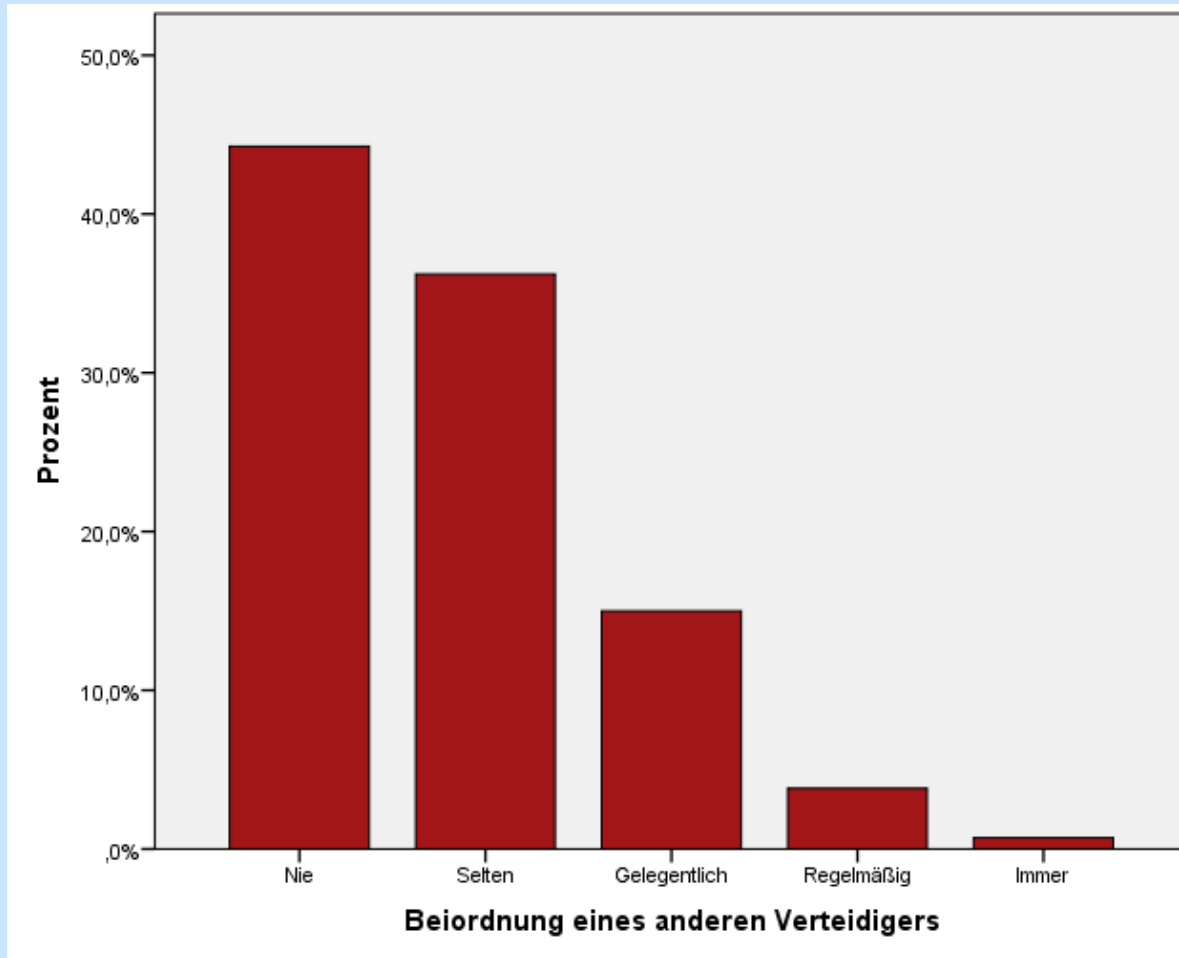
3. Notwendigkeit und Kriterien einer transparenten Beiordnungspraxis

II. Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG

III. Rechtspolitische Forderungen und Diskussion

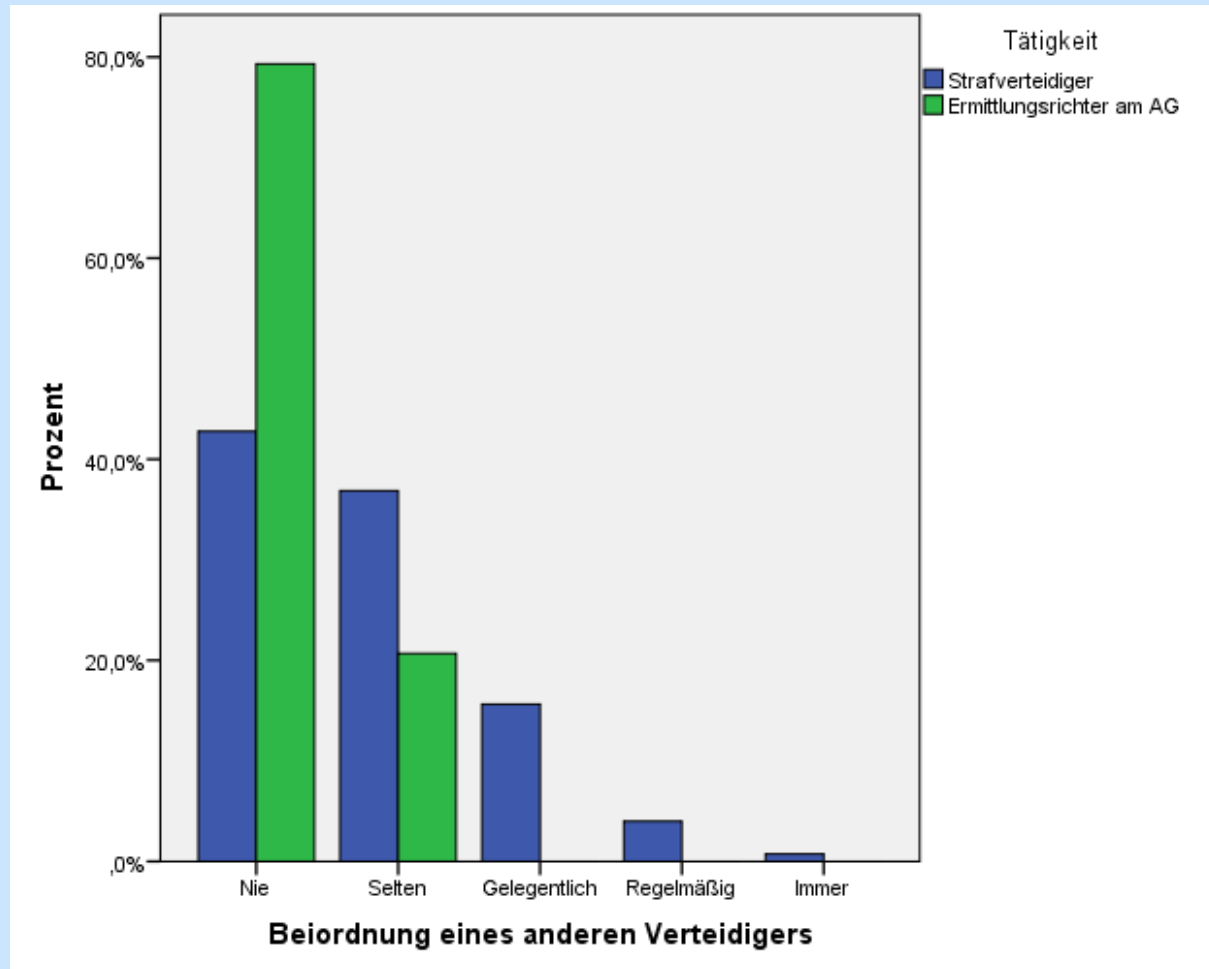
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Beordnung eines anderen Verteidigers (beide Berufsgruppen)



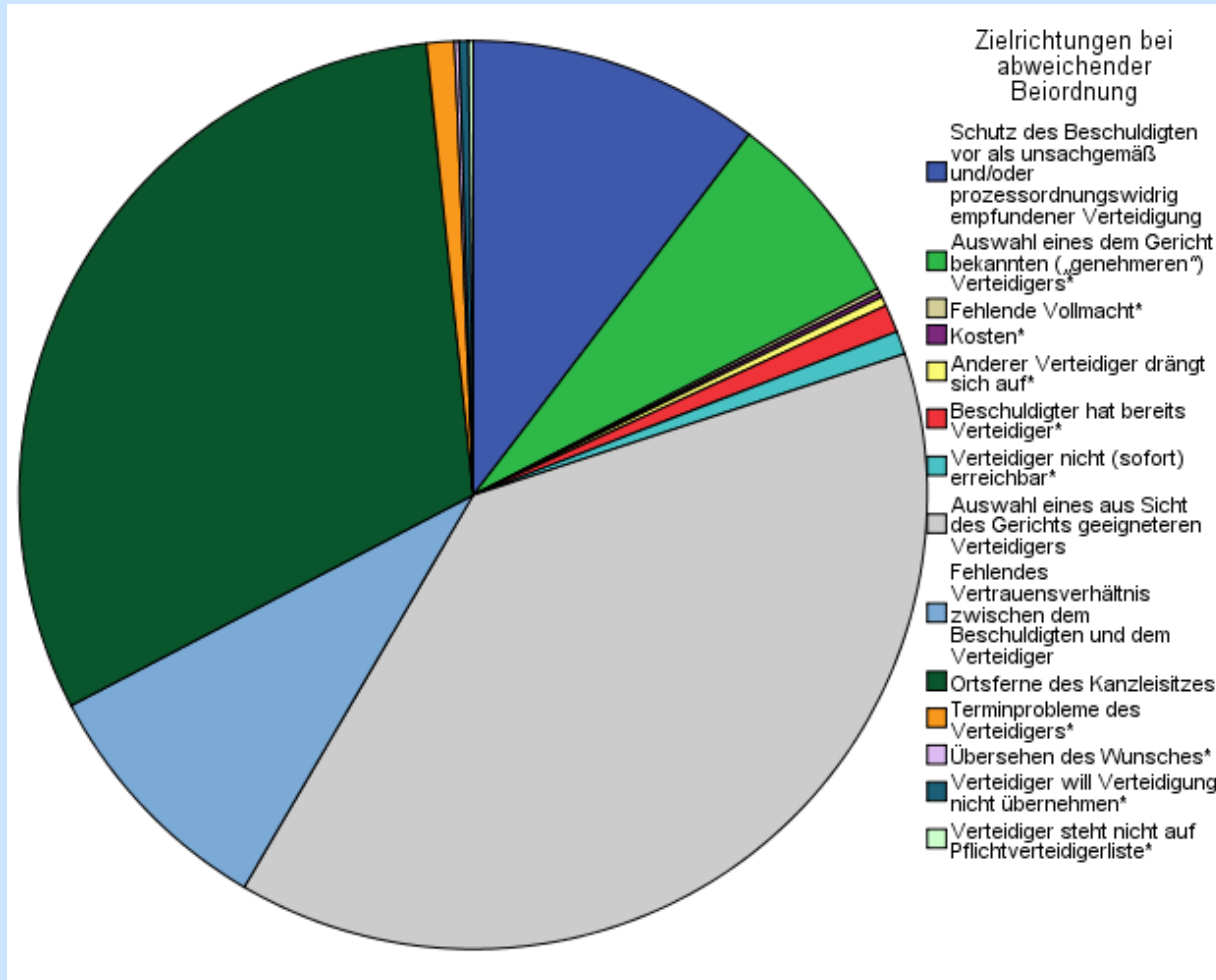
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Beiordnung eines anderen Verteidigers – Wahrnehmung der Abweichung von der geltenden Rechtslage nach Berufsgruppen



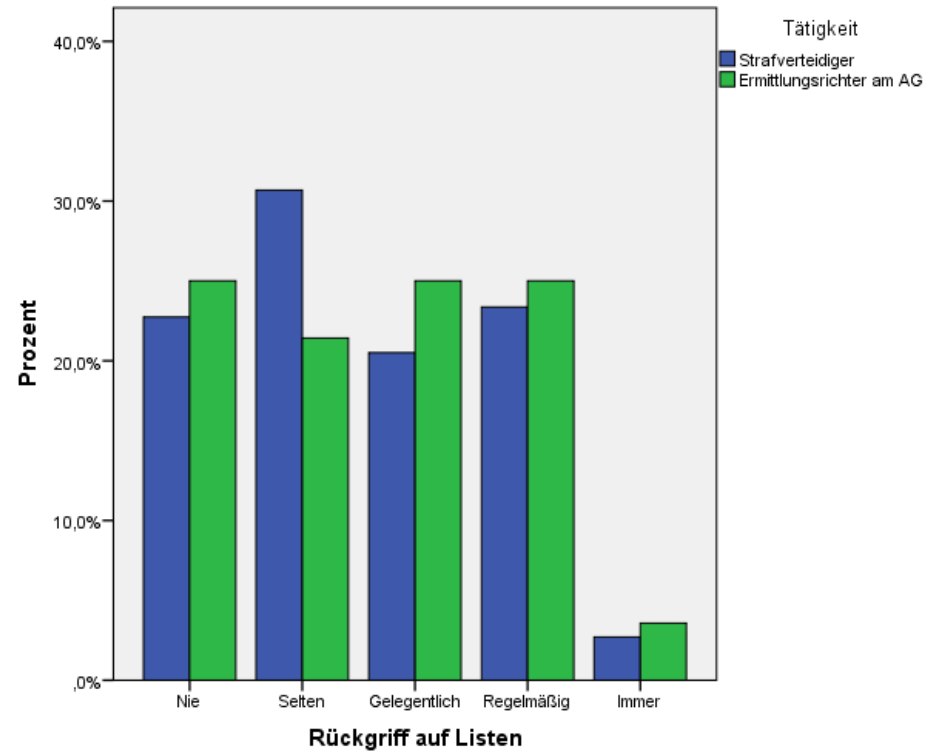
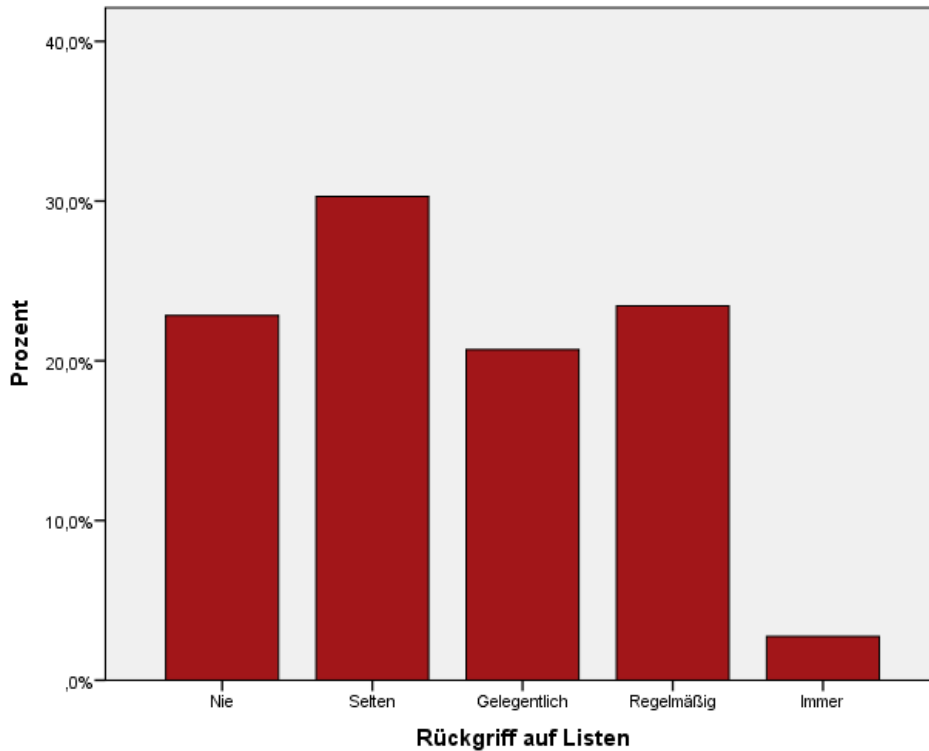
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Zielrichtungen bei trotz § 142 Abs. 1 Satz 2 abweichender Beiordnung



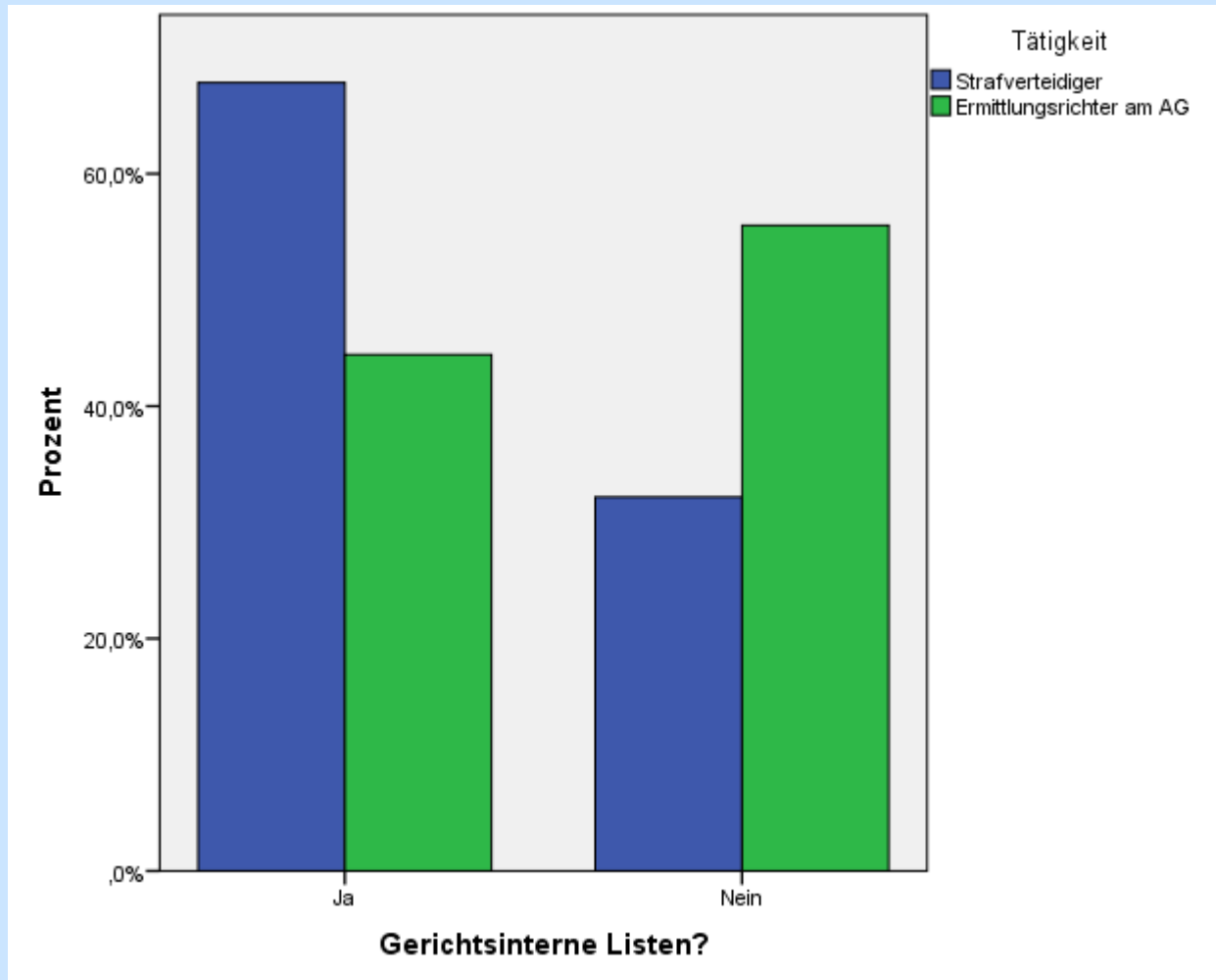
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten – Verbreitung des Rückgriffs auf Listen



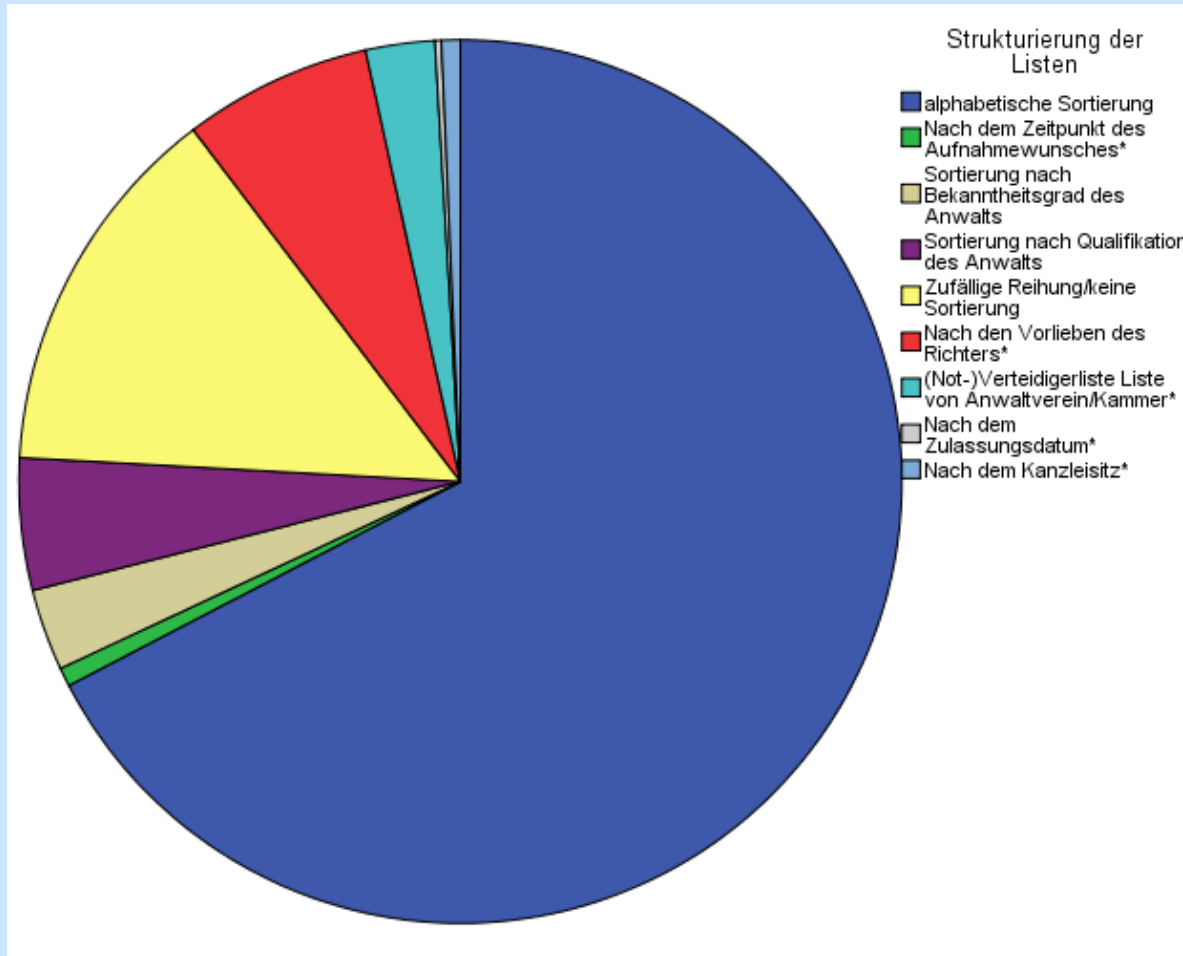
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten – Verbreitung gerichtssinterner Listen



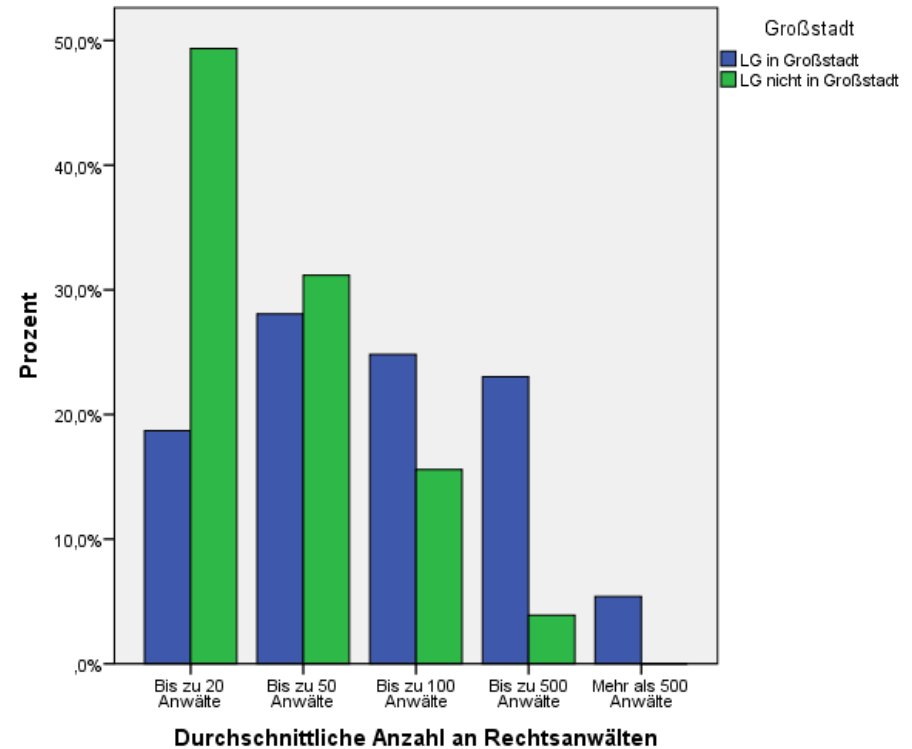
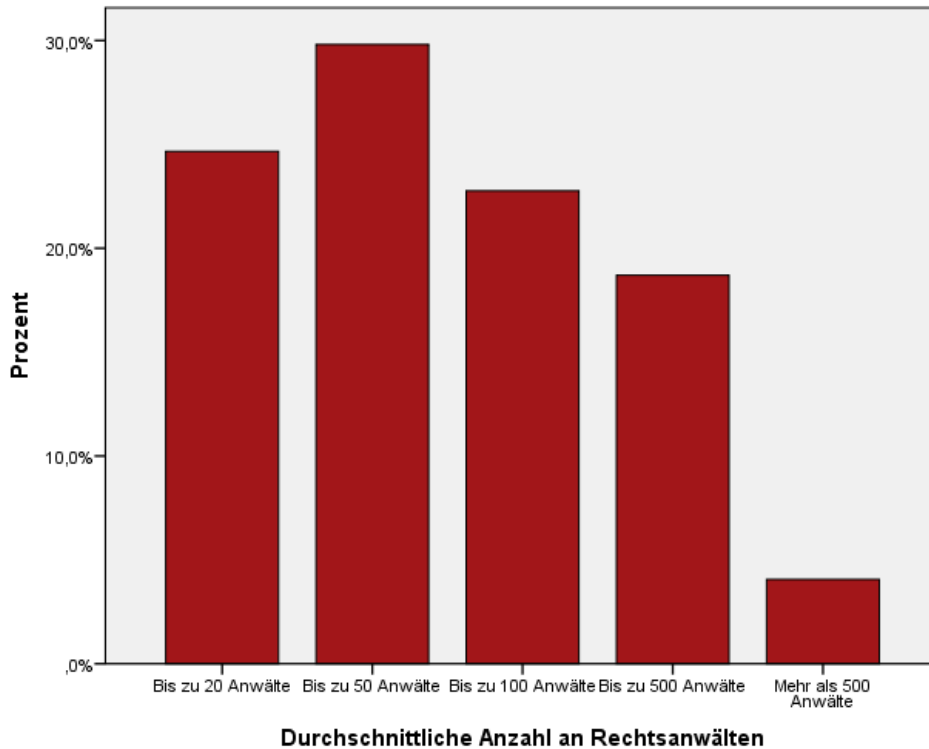
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten – Strukturierung



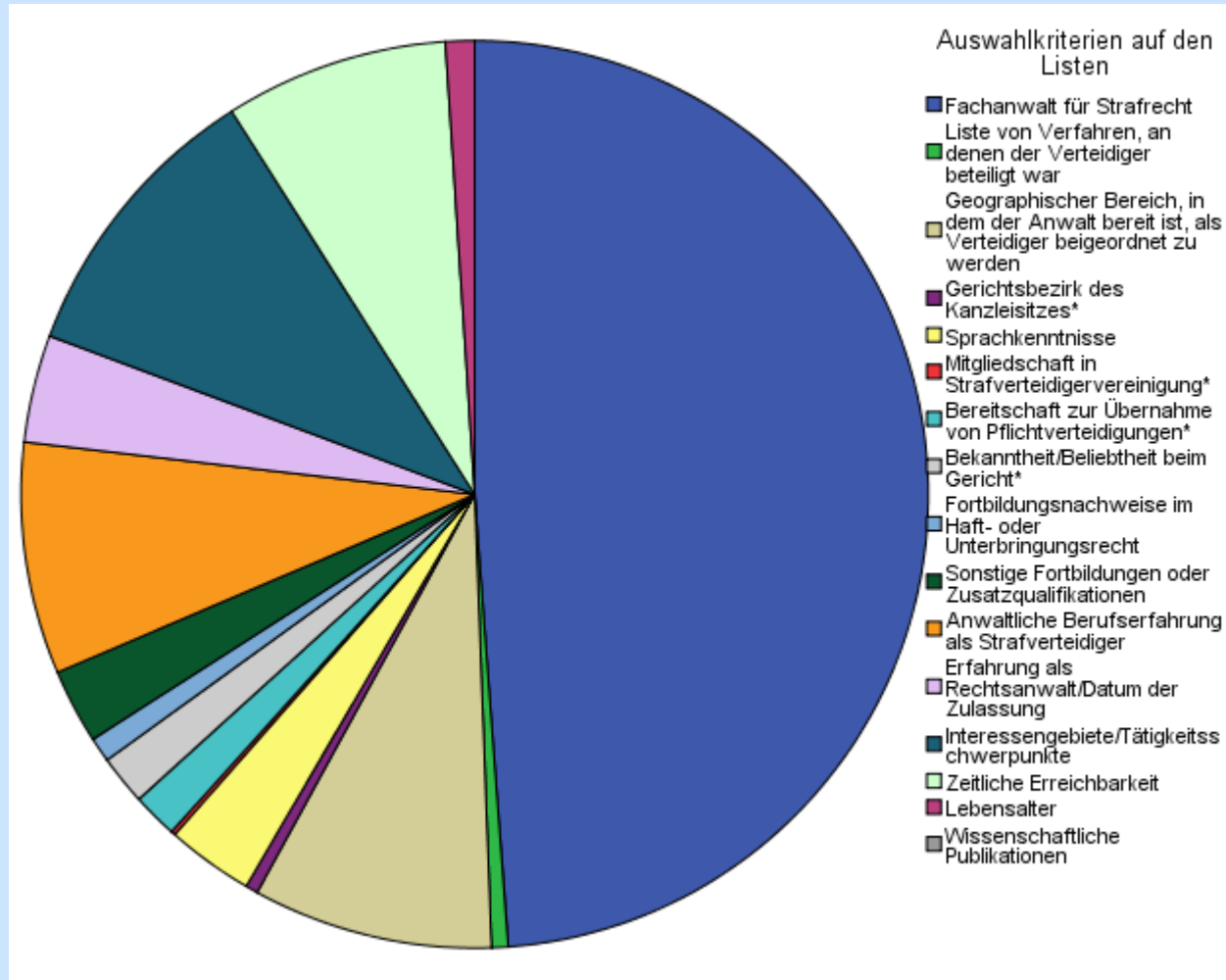
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten: Durchschnittliche Anzahl an aufgeführten Rechtsanwälten (absolut und Differenzierung Großstadt [> 100.000]/Nicht-Großstadt)



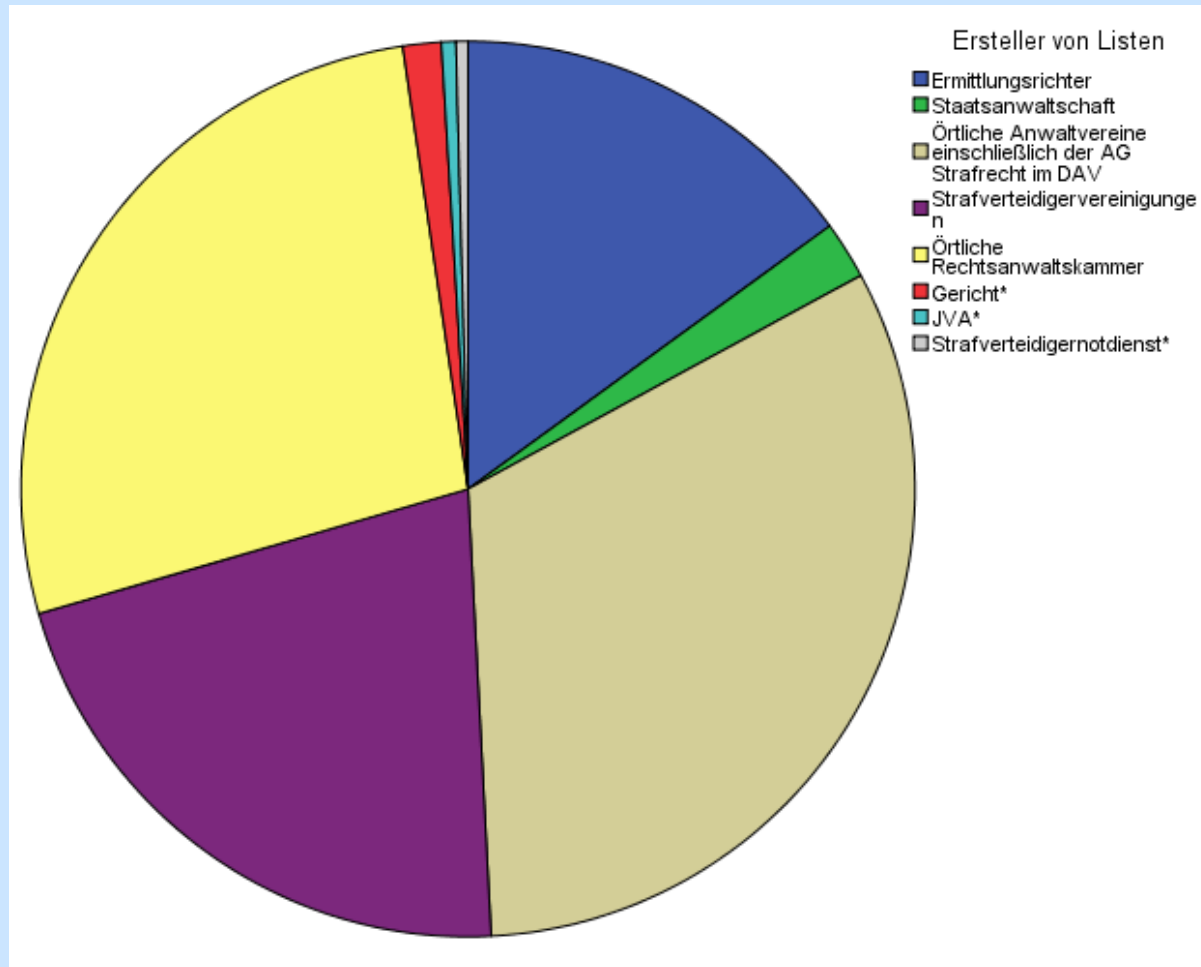
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten: Auswahlkriterien (beide Berufsgruppen)



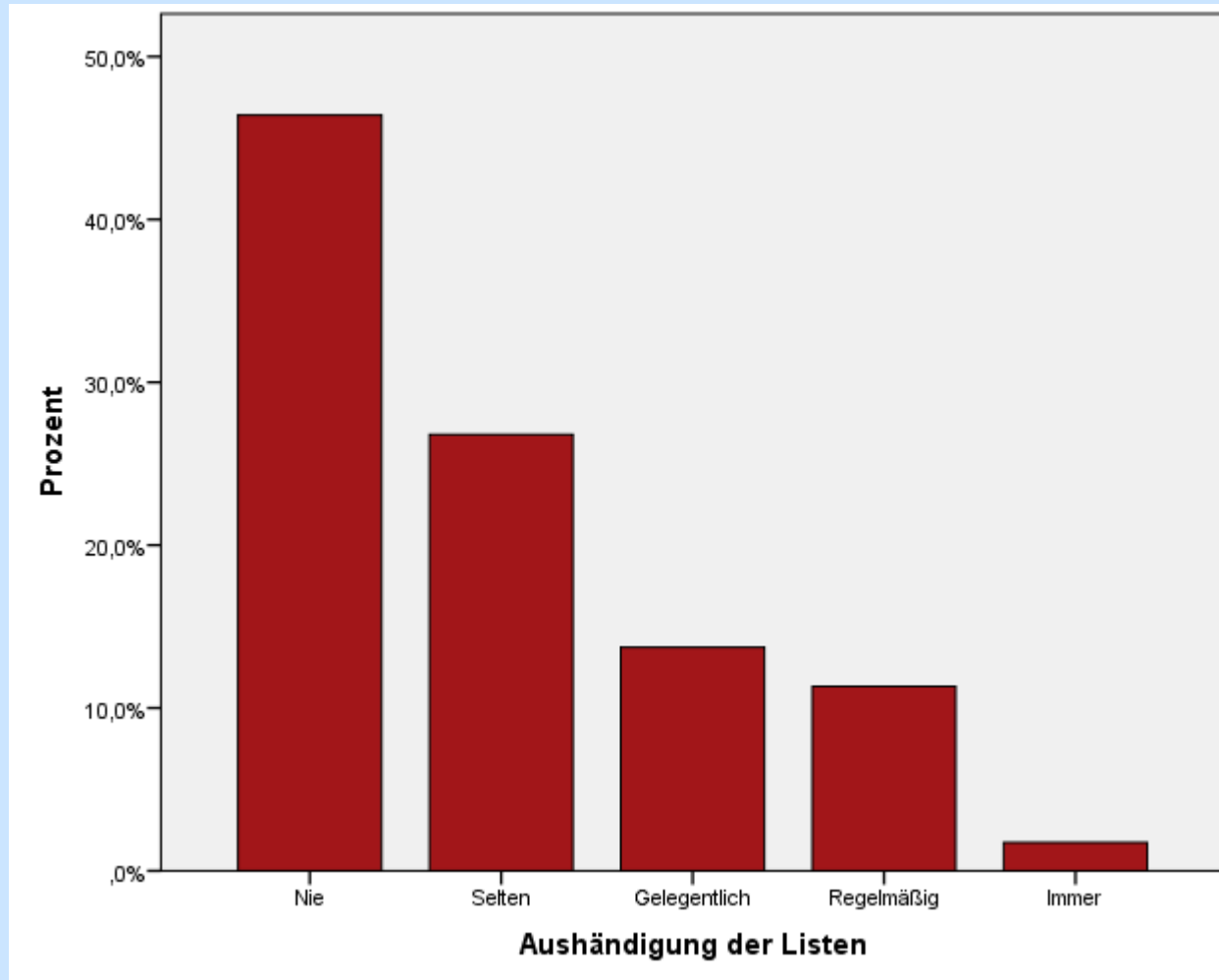
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten: Ersteller von Listen



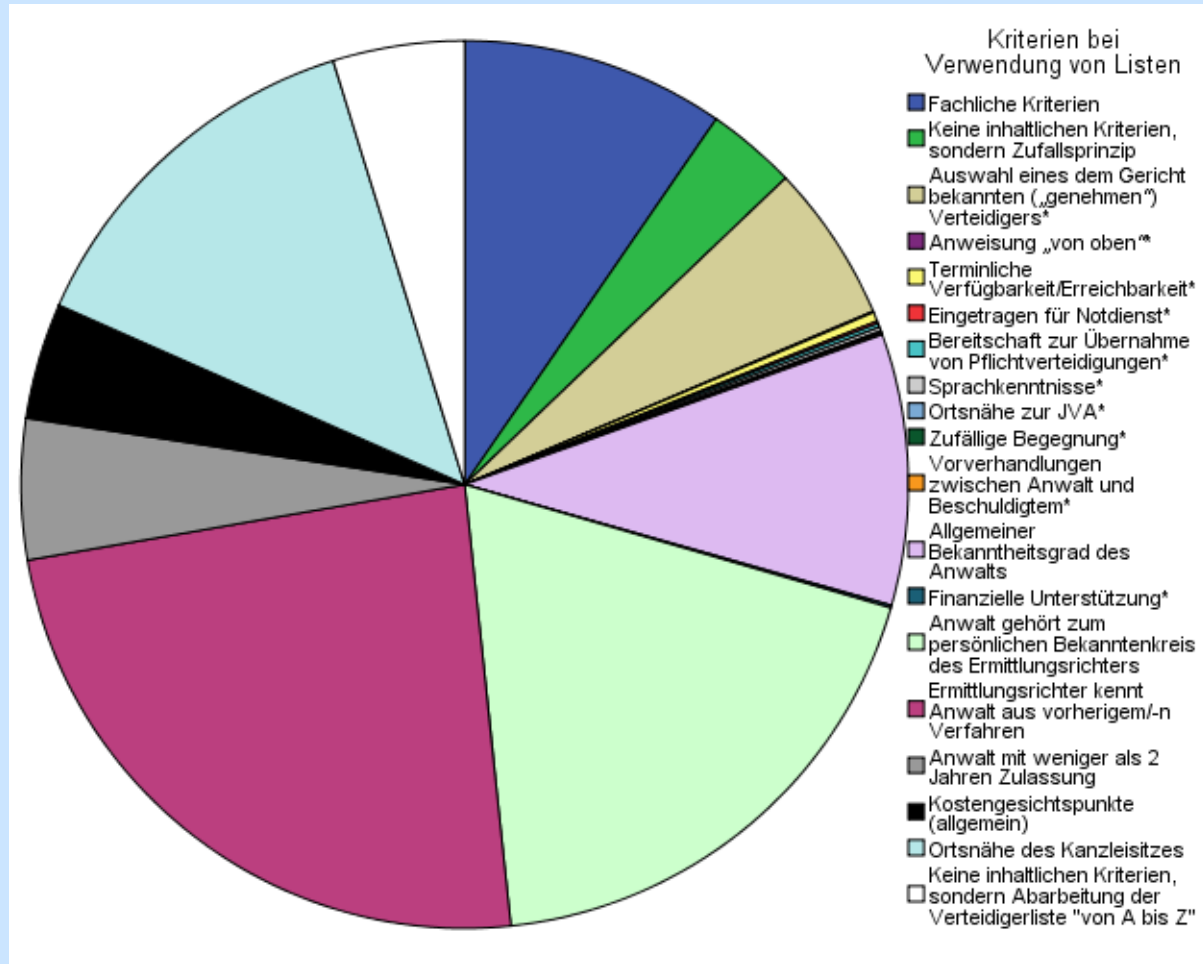
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten: Aushändigung von Listen



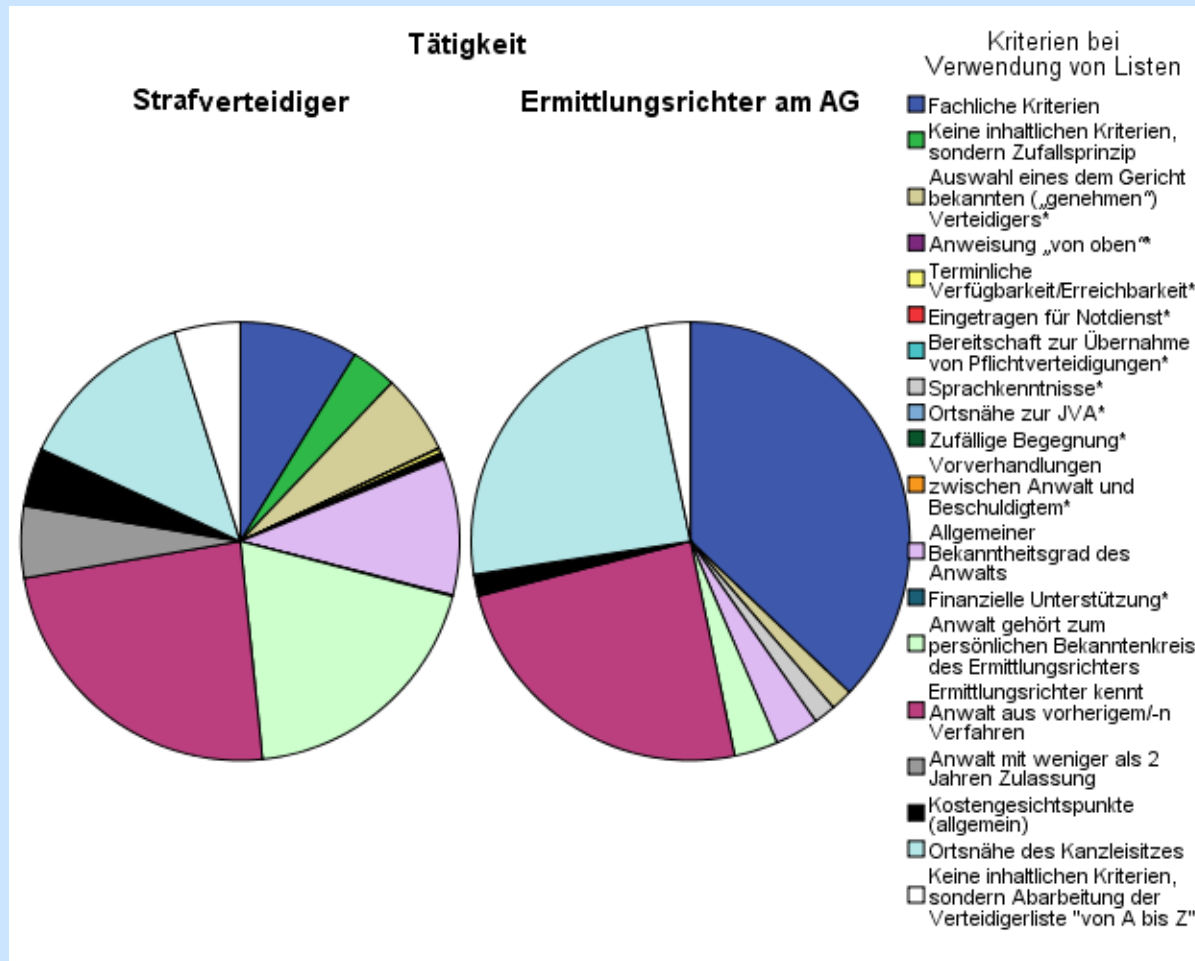
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerlisten: Kriterien für die Auswahl bestimmter Verteidiger (beide Berufsgruppen)



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Kriterien für die Auswahl – nach Berufsgruppen; Auseinanderfallen von Selbst- und Fremdwahrnehmung (oder: „Ein Verteidiger der bellt wird selten bestellt!“)



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Bestätigt durch **Studie Schoeller** (StV 2017, 194, 201 ff.; *ders.*, Praxis der Beiordnung von Pflichtverteidigern, 2016, S. 396 ff.) **zum Auswahlverhalten der Richter:**

1. Auswahlverhalten in Bezug auf Fachanwälte für Strafrecht:

- Nur in **19 %** der Fälle haben **Richter** einen **FA für Strafrecht** als Pflichtverteidiger ausgewählt, bei Auswahl durch Beschuldigte lag die Quote bei 34 %.
 - Indiz, dass rein **fachliche Kriterien** für Richter **eher untergeordnete Rolle** spielen, oder dass die Richter professionalisierte Verteidiger sogar tendenziell meiden.

2. Wiederholte Beiordnungen derselben Verteidiger durch dieselben Richter:

- In **32 %** der untersuchten Pflichtverteidigungsmandate, also **bei fast jedem 3. Pflichtmandat**, lag eine **wiederholte Beiordnung** durch denselben Richter vor.
- In 16 % der Fälle zweifache, in 11 % dreifache und in 5 % der Fälle vierfache Auswahl desselben Verteidigers durch denselben Richter.
 - Es gibt eine nicht unerhebliche Anzahl von Richtern, die in der Mehrheit der vergebenen Pflichtmandate **wiederholt dieselben Verteidiger bestellen**.

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Studie *Schoeller* zum Auswahlverhalten der Richter

3. Zusammenhänge zwischen Verteidigerauswahl und Verfahrensverlauf:

- In der Gesamtheit haben **29 %** der Beschuldigten Rechtsmittel gegen das erstinstanzliche Urteil eingelegt.
 - Bei ausschließlich durch **Wahlverteidiger** vertretenen Beschuldigten lag die Rechtsmittelquote bei **21 %**.
 - Bei ausschließlich **wahlpflichtverteidigten** Beschuldigten lag die Rechtsmittelquote bei **30 %**.
 - Bei **ausschließlich richterlich ausgewählten** Pflichtverteidigern betrug die Rechtsmittelquote **20 %**.
 - Bei Verteidigungen durch Pflichtverteidiger, die **wiederholt von demselben Richter** ausgewählt wurden, betrug die Quote der eingelegten Rechtsmittel gerade noch **16 %**.
-
- Ein **Zusammenhang zwischen der Auswahlentscheidung des Richters und Verteidigungsverhalten** ist kaum von der Hand zu weisen.
 - Indizien für Verteidigung, die sich **am Erwartungshorizont des** auswählenden, an rechtskräftiger Entscheidung interessierten **Richters orientiert**.

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Studie *Schoeller* zum Auswahlverhalten der Richter

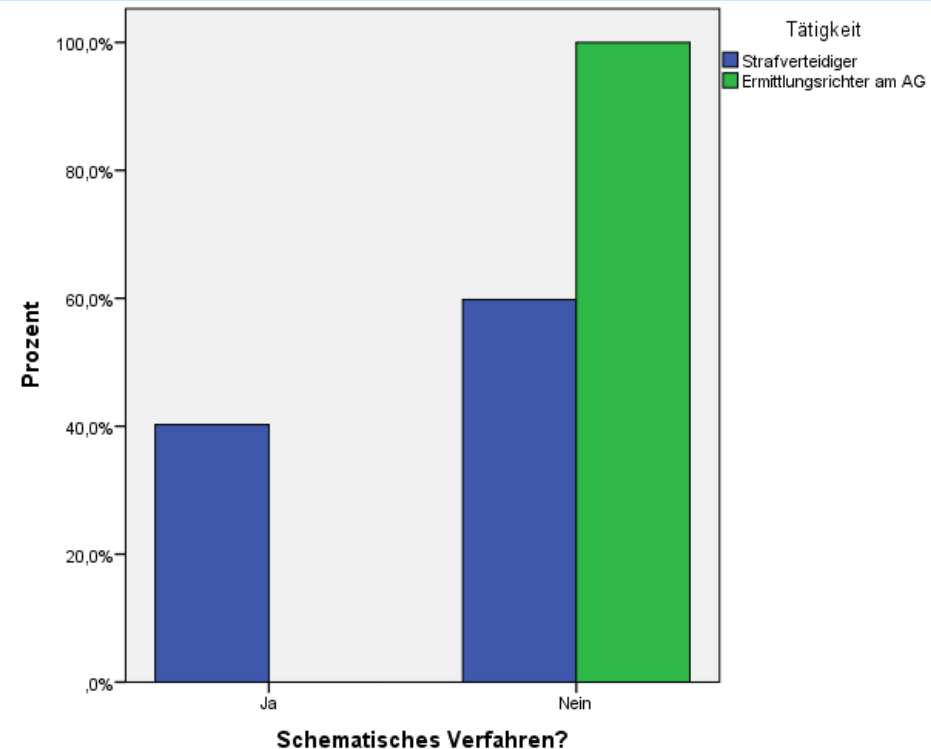
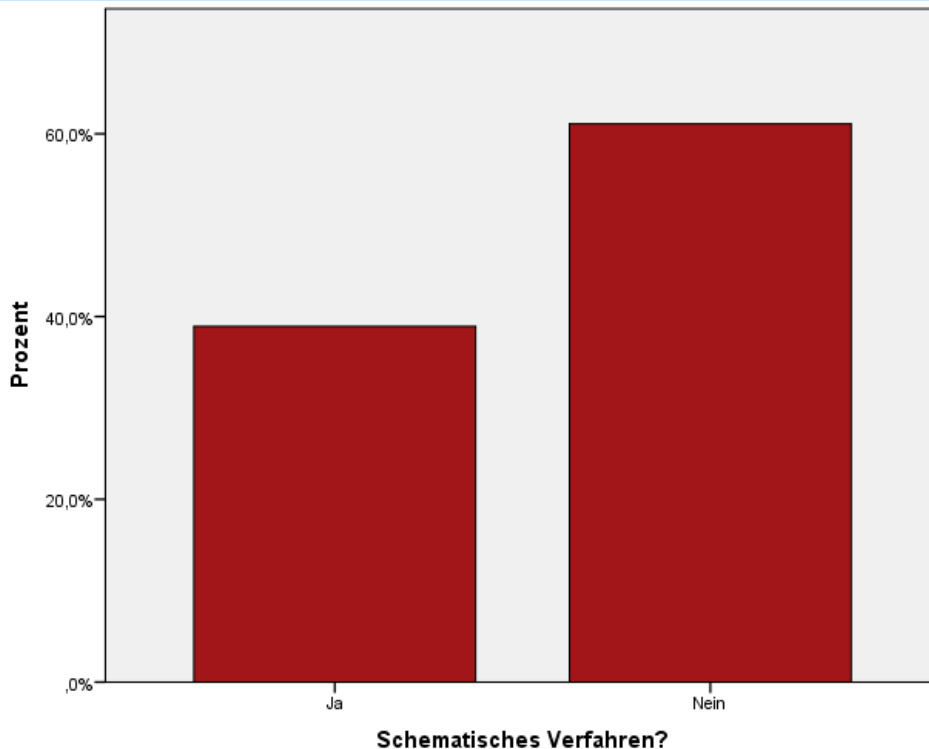
3. Zusammenhänge zwischen Verteidigerauswahl und Verfahrensverlauf

- Die **Rechtsmittelverzichtsquote** lag bei Beschuldigten, die ausschließlich durch **Wahlverteidiger** vertreten wurden, bei **36 %**.
 - Bei **wahlpflichtverteidigten** Beschuldigten lag die Rechtsmittelverzichtsquote bei **31%**.
 - Bei Beschuldigten, die durch **richterlich ausgewählte Verteidiger** verteidigt wurden, lag die Rechtsmittelverzichtsquote bei **37 %**.
 - Aber: bei **wiederholt richterlich ausgewählten** Pflichtverteidigern lag die Rechtsmittelverzichtsquote auch bei **35 %**.
- Die Wahrnehmung, dass die immer wieder von Richtern gewählten Verteidiger solche mit „**eingebautem Rechtsmittelverzicht**“ seien, wird durch das Untersuchungsergebnis **nicht** gestützt.

¹ Zu diesen Untersuchungsergebnissen *Schoeller* StV 2017, 194 (201 ff.); ausf. *ders.*, Praxis der Beordnung von Pflichtverteidigern, S. 396 ff.

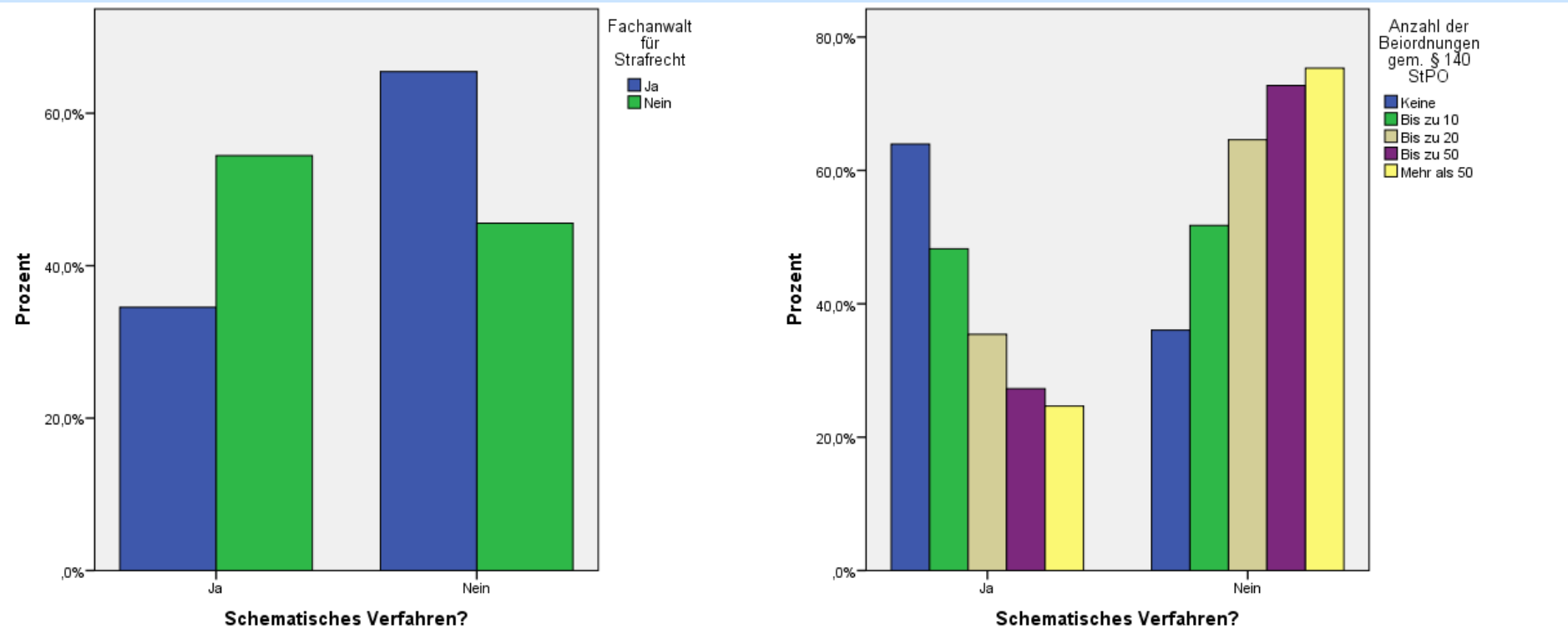
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Schematische Auswahl („A bis Z“/Zufall)? – nach Berufsgruppen



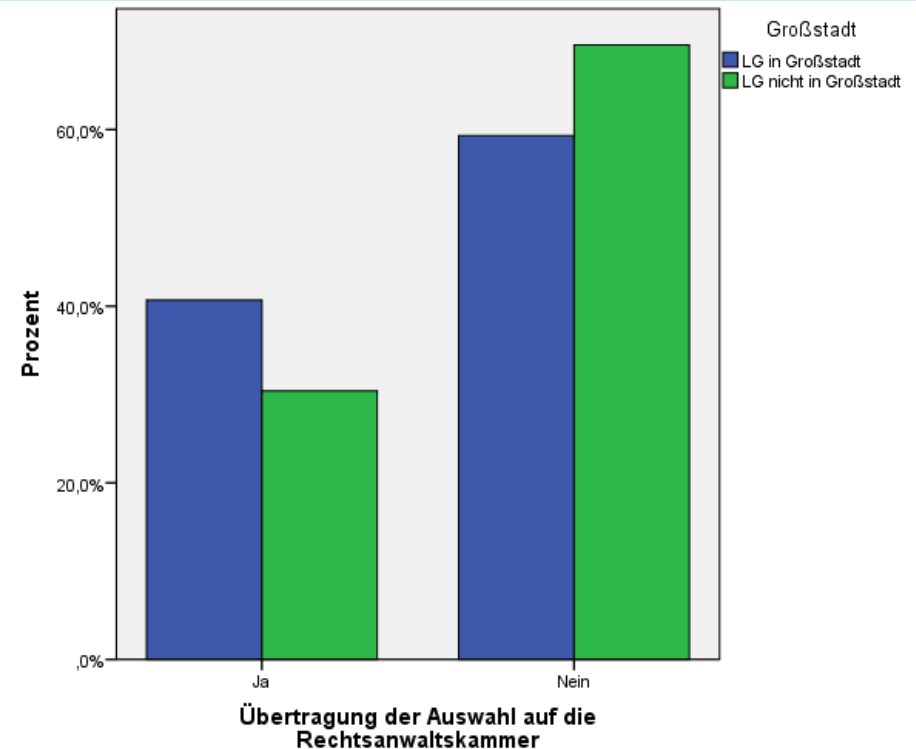
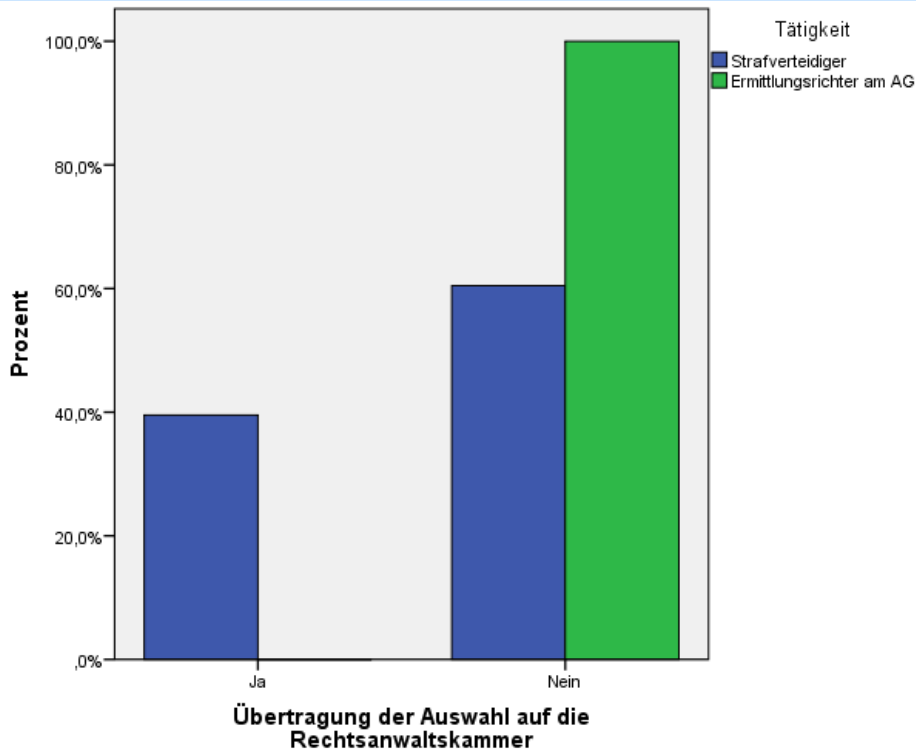
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Schematische Auswahl („A bis Z“/Zufall) ? – Binnendifferenzierung innerhalb der Verteidigerschaft nach Fachanwaltstitel und Beordnungserfahrung gem. § 140 (alle Fälle)



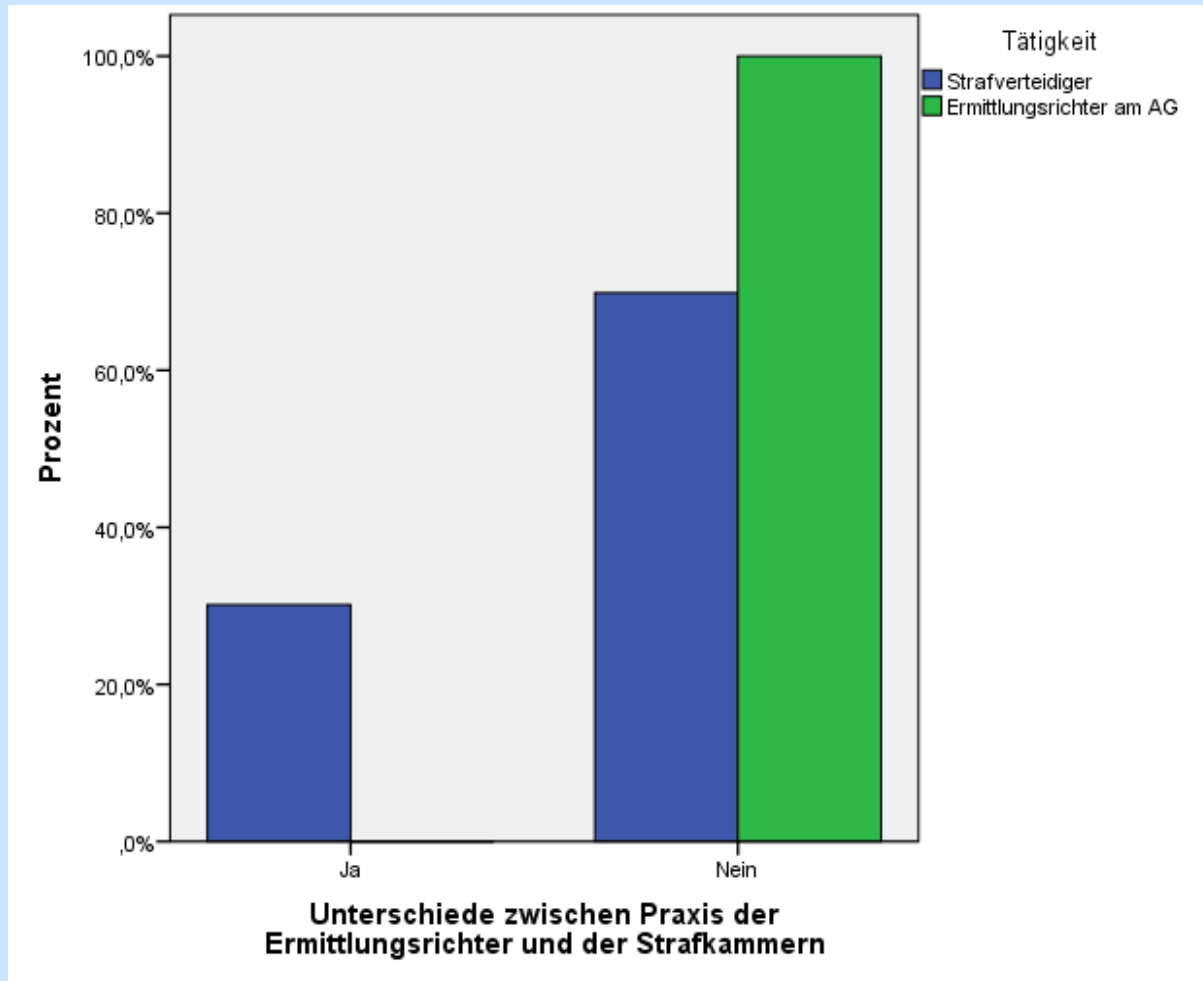
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Übertragung der Auswahl auf die Rechtsanwaltskammern de lege ferenda? – nach Berufsgruppen einerseits und innerhalb der Verteidigerschaft nach Region andererseits



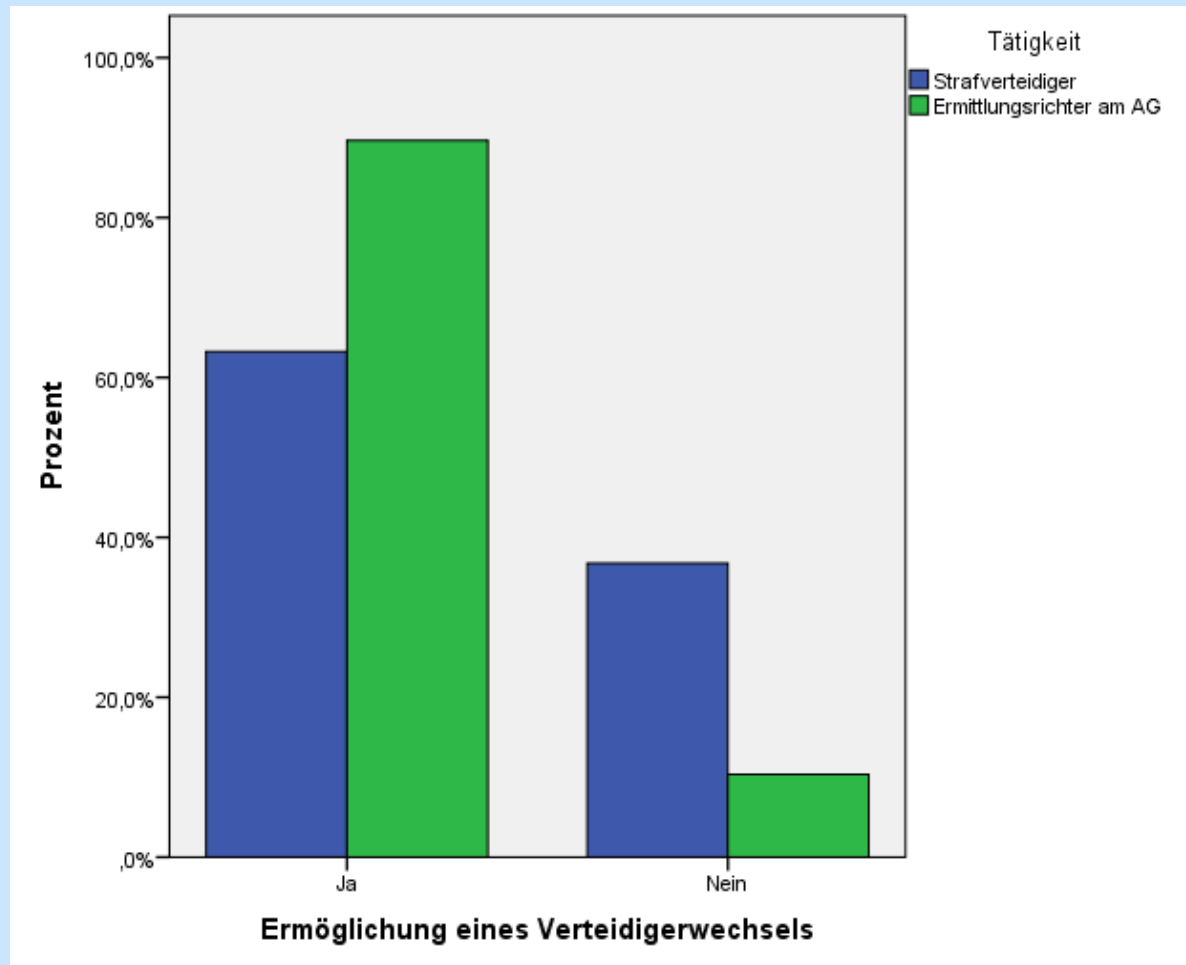
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Unterschiede in der Anordnungspraxis zwischen Ermittlungsrichtern und
Strafkammern? – nach Berufsgruppen



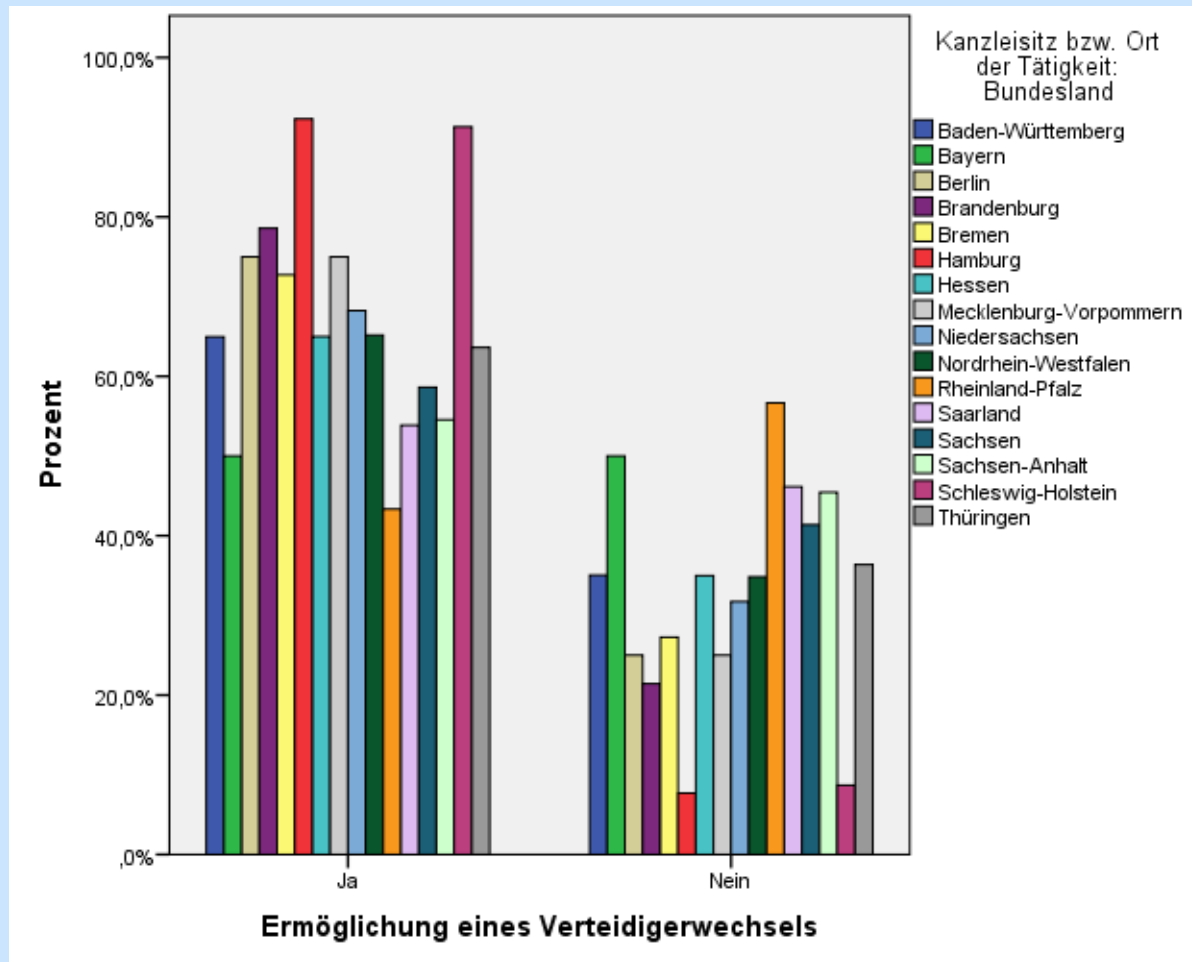
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



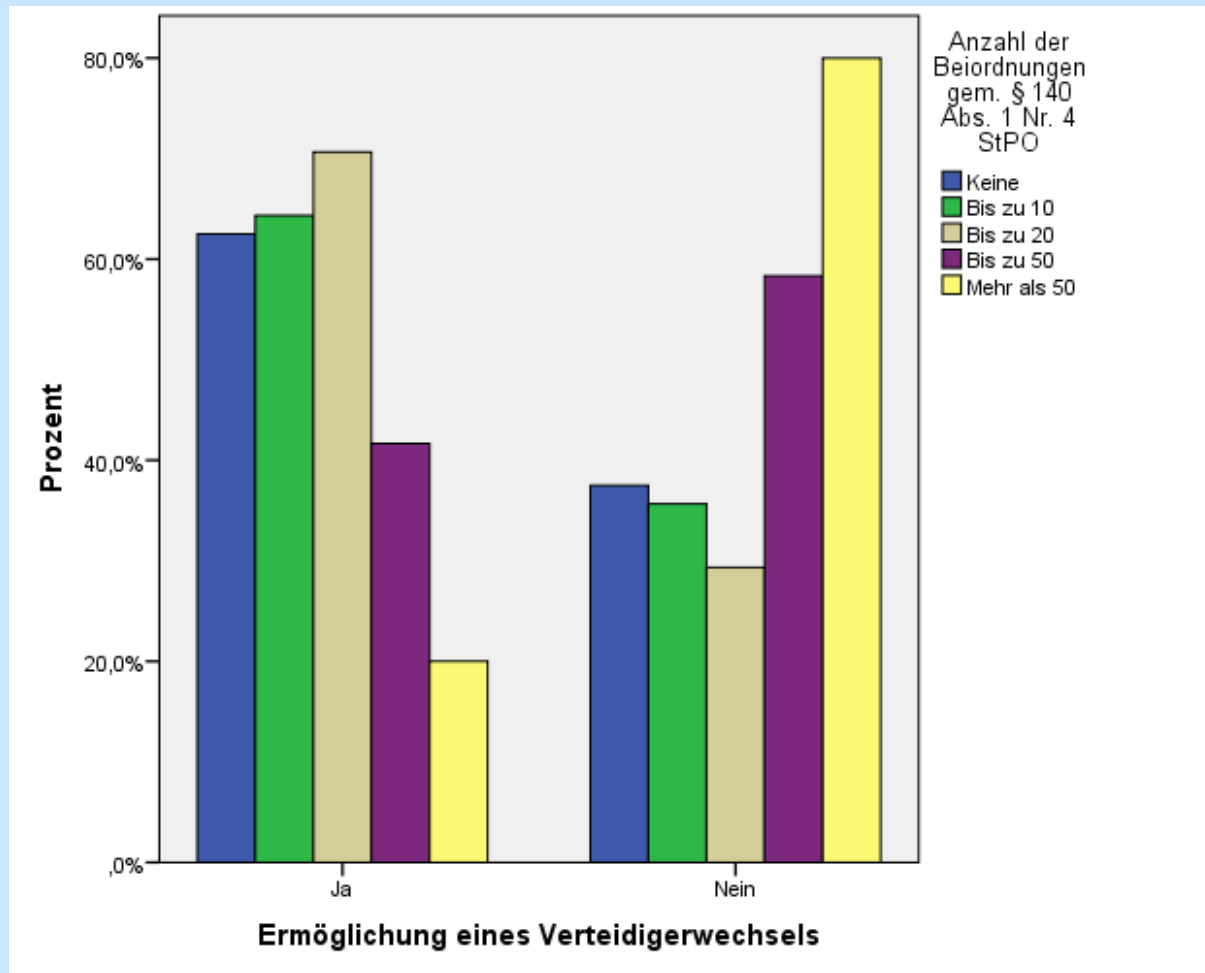
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Bundesländern



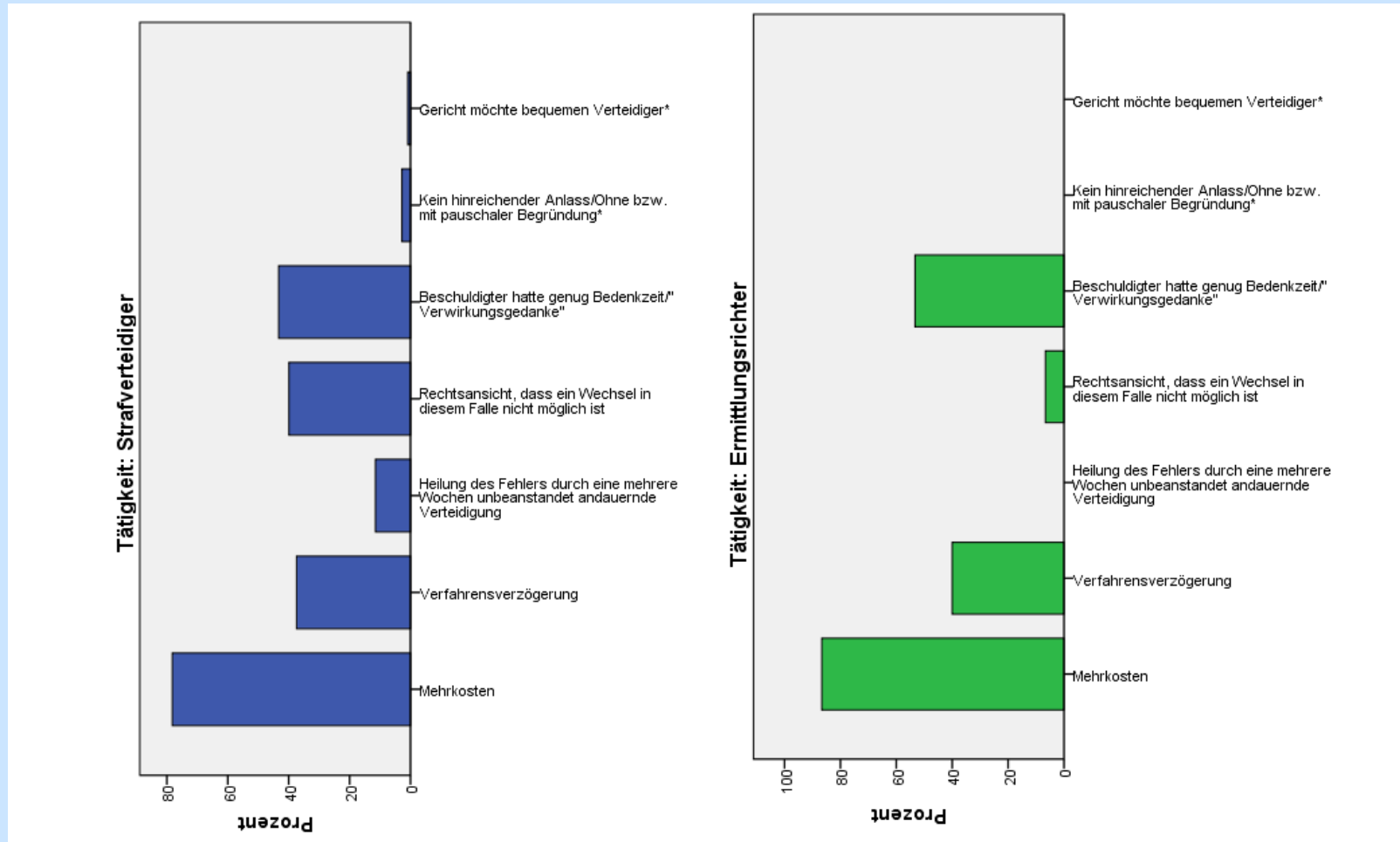
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Ermöglichung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Haftbeordnungsverfahren



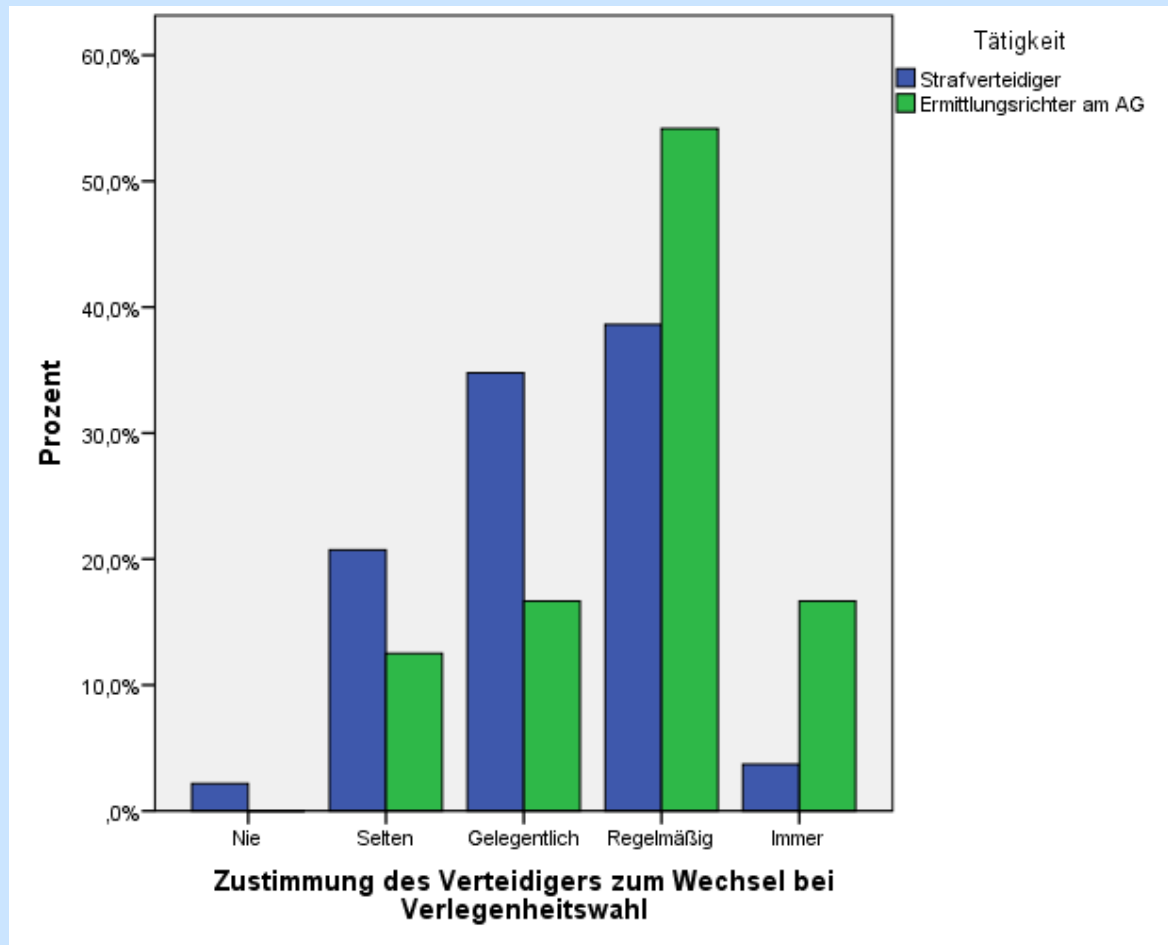
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Gründe für die Versagung des Verteidigerwechsels nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



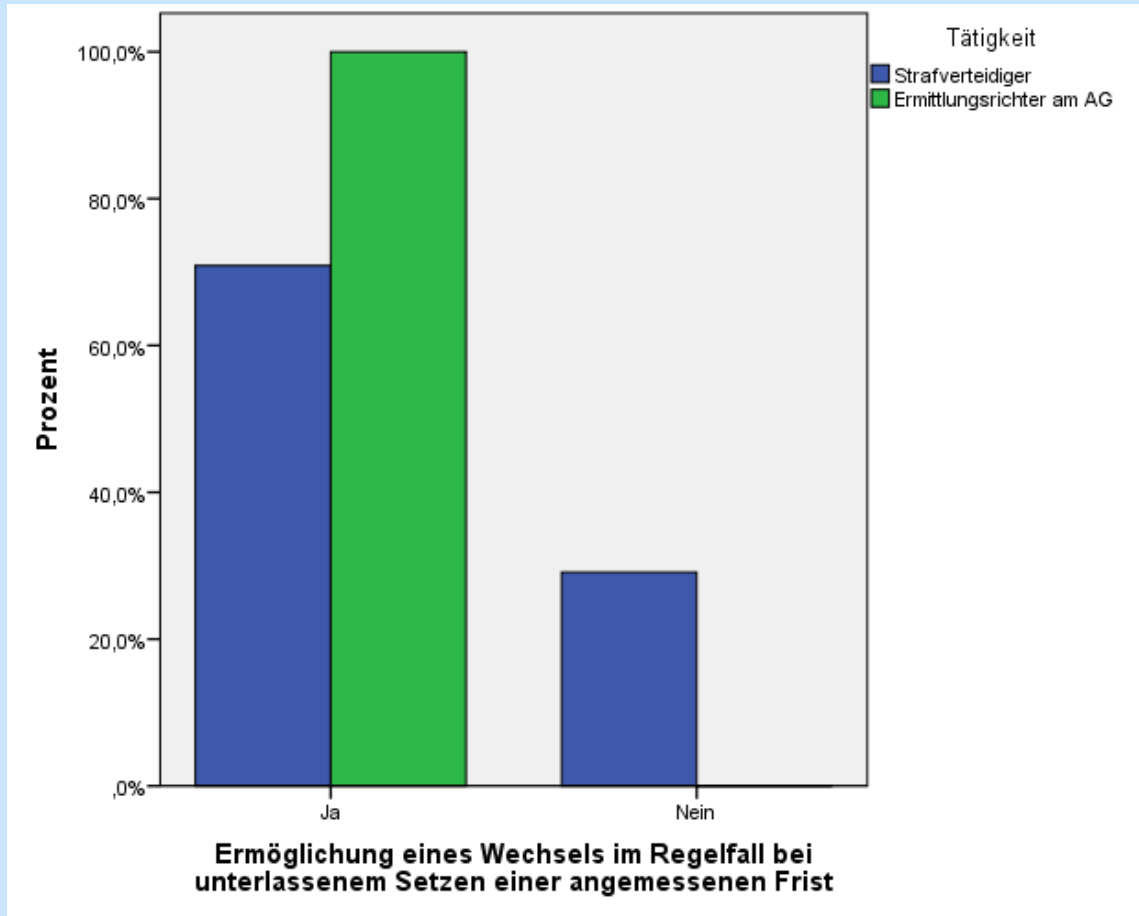
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Zustimmungsbereitschaft des „alten“ Verteidigers zum Wechsel nach „Verlegenheitswahl“ – nach Berufsgruppen



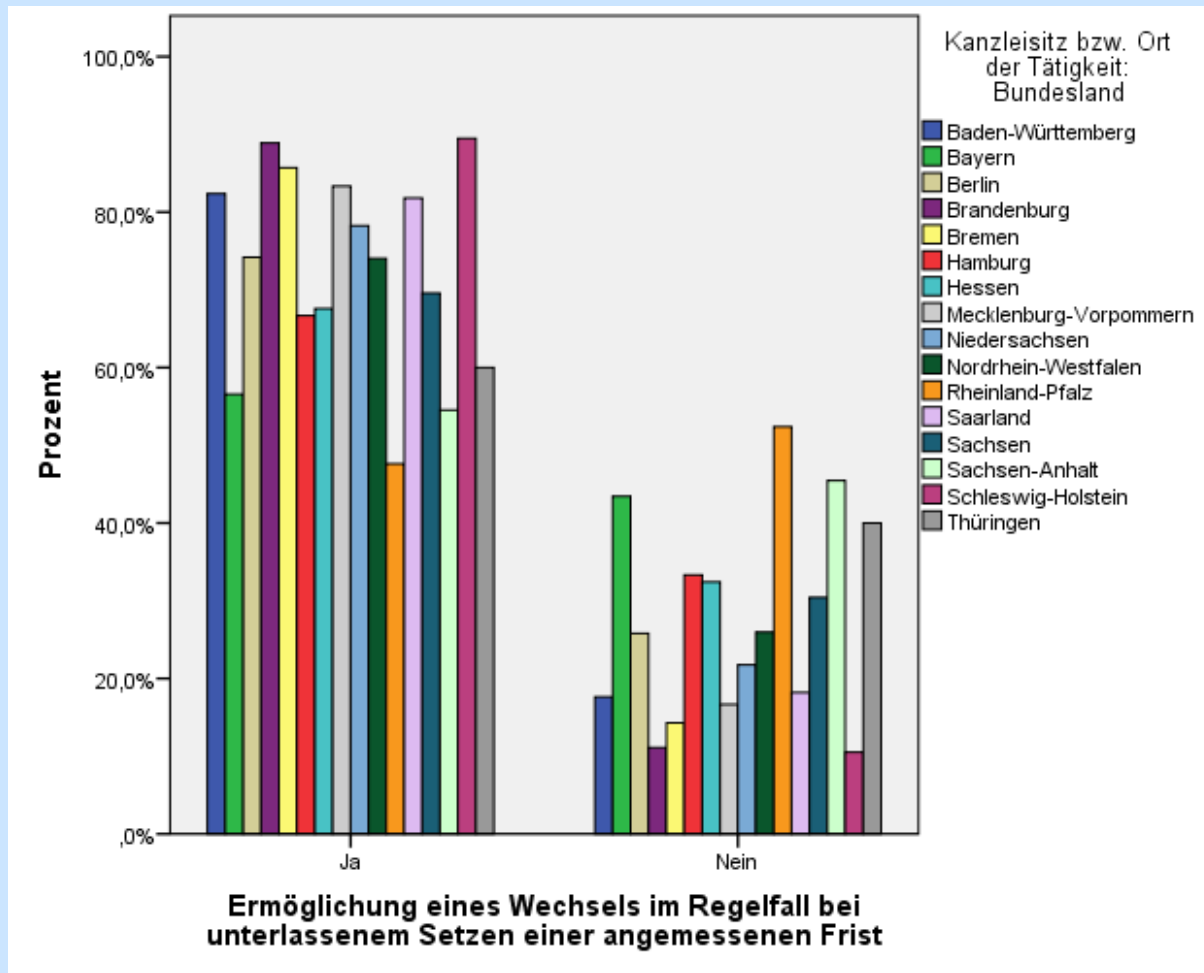
Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist – nach Berufsgruppen



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist – nach Bundesländern



Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Verteidigerwechsel bei unterlassenem Setzen einer angemessenen Frist –
ausgewählte Bundesländer und dortige obergerichtliche Rechtsprechung

- **Thüringen** (40% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Jena StraFo* 2012, 138, 139),
- **Sachsen** (30,4% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Dresden NStZ-RR* 2012, 213),
- **Berlin** (25,8% negative Rückmeldungen entgegen *KG StV* 2012, 656, 657),
- **Nordrhein-Westfalen** (25,9% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Düsseldorf StV* 2010, 350),
- **Niedersachsen** (21,7% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Braunschweig StraFo* 2013, 115, 116 und *OLG Celle StV* 2012, 720) und schließlich selbst in
- **Baden-Württemberg** (noch 17,6% negative Rückmeldungen entgegen *OLG Karlsruhe StV* 2010, 179).

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

- I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland
 1. Quantitative Relevanz von Beiordnungen
 2. Problemfeld des Zeitpunkts der Beiordnung
 3. Notwendigkeit und Kriterien einer transparenten Beiordnungspraxis

II. Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG

- III. Rechtspolitische Forderungen und Diskussion

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

1. **Schutzbereich der Berufsfreiheit, Art. 12 Abs. 1 GG**
2. **Justiziable Verletzung der Berufsfreiheit von Verteidigern aufgrund der derzeitigen Beiordnungspraxis?**
 - a) Pflichtverteidigerbestellung als letztverbindliche Klärung der Rechtslage im Sinne des Art. 92 GG
 - b) Entgegenstehende Interessen des Beschuldigten
3. **Verteidiger- als Vorauswahllisten**

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

- I. Zentrale Forschungsergebnisse zur Praxis der Pflichtverteidigerbestellung in der Bundesrepublik Deutschland
 1. Quantitative Relevanz von Beiordnungen
 2. Problemfeld des Zeitpunkts der Beiordnung
 3. Notwendigkeit und Kriterien einer transparenten Beiordnungspraxis
- II. Verfassungsrechtliche Implikationen mit Blick auf Art. 12 Abs. 1 GG

III. Rechtspolitische Forderungen und Diskussion

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

1. Vorverlagerung des Beststellungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung?

Bericht der Expertenkommission

zur effektiveren und praxistauglicheren Ausgestaltung
des allgemeinen Strafverfahrens und
des jugendgerichtlichen Verfahrens

1.5 Zeitliche Ausdehnung der notwendigen Verteidigung bei vorläufiger Festnahme nach § 127 Absatz 2 StPO („Pflichtverteidiger der ersten Stunde“)

Eine Änderung des geltenden Rechts im Sinne einer zeitlichen Ausdehnung der notwendigen Verteidigung bei vorläufiger Festnahme oder bei aufgrund eines Haft- oder Unterbringungsbefehls verhafteten Beschuldigten („Pflichtverteidiger der ersten Stunde“) sollte nicht erfolgen.

11:10:0

Berlin, Oktober 2015

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

1. Vorverlagerung des Beststellungszeitpunkts auf den Zeitpunkt der Vorführung?

RICHTLINIE (EU) 2016/1919 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES

vom 26. Oktober 2016

über Prozesskostenhilfe für Verdächtige und beschuldigte Personen in Strafverfahren sowie für gesuchte Personen in Verfahren zur Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls

Artikel 4

Prozesskostenhilfe in Strafverfahren

(1) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Verdächtigen und beschuldigten Personen, die nicht über ausreichende Mittel zur Bezahlung eines Rechtsbeistands verfügen, Anspruch auf Prozesskostenhilfe haben, wenn es im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist.

(5) Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Prozesskostenhilfe unverzüglich und spätestens vor einer Befragung durch die Polizei, eine andere Strafverfolgungsbehörde oder eine Justizbehörde oder vor der Durchführung einer der in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe c genannten Ermittlungs- oder Beweiserhebungshandlungen bewilligt wird.

Artikel 12

Umsetzung

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, die erforderlich sind, um dieser Richtlinie spätestens am 25. Mai 2019 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

2. Konkretisierung des **Unverzögerlichkeitsgebots** – starre Frist oder flexible Handhabung?
3. Ermöglichung der **Nutzung** des Internets und **der Verteidigerlisten** zu Zwecken der Verteidigersuche

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

4. Notwendigkeit einer **transparenteren Beiordnungspraxis**

- Einrichtung von Verteidigerlisten, die dem Einblick Dritter zugänglich sind
- Strukturierung der Listen nach Alphabet / formaler Qualifikation (FA) / Tätigkeitsschwerpunkt?
- Rein schematisches Bestellungsverfahren kann jedoch den Interessen des Beschuldigten widerstreben
- Übertragung der Auswahl an örtliche RAKen?

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

5. Effiziente Durchsetzung der Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG) des Verteidigers
 - Einführung von transparenten **Verteidigerlisten als Vorauswahllisten**
 - Gerichtlich **einklagbarer Anspruch auf Aufnahme** in die Verteidigerlisten
 - Zurückstellung organtheoretischer Ansätze und **Anerkennung des Vertragsprinzips**, das den Verteidiger von staatlicher Bindung und gerichtlicher Disziplinierung löst

Die Praxis der Pflichtverteidigerbestellung – Ein Graubereich auf dem Prüfstand des Art. 12 GG

Prof. Dr. Matthias Jahn, Richter am Oberlandesgericht

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Forschungsstelle Recht und Praxis der Strafverteidigung (RuPS)

Anschrift und Kontakt:

Campus Westend (RuW 4.123)

Theodor-W.-Adorno-Platz 4

D-60329 Frankfurt

Tel.: 069/798-34336 (Sekretariat: Frau Heike Brehler)

Fax: 069/798-34521

E-Mail: RuPS@jura.uni-frankfurt.de

Web: <http://www.jura.uni-frankfurt.de/RuPS>

